



# Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2006	Ausgegeben zu Erfurt, den 28. Juli 2006	Nr. 11
------	---	--------

	Inhalt	Seite
24.07.2006	Gesetz über die Berufsakademien in Thüringen .....	381
24.07.2006	Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Thüringen über die Übertragung der Aufgabe "Kostenerstattung bei Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit" nach § 30 Abs. 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) auf die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte für das Gebiet des Freistaats Thüringen .....	391
09.05.2006	Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten (ThürAPOgehVollzD) .....	392
26.06.2006	Verordnung zur Festsetzung von natürlichen Lebensräumen und Arten von gemeinschaftlichem Interesse nach § 26 Abs. 3a des Thüringer Gesetzes für Natur und Landschaft (Thüringer Natura-2000-Erhaltungsziele-Verordnung -ThürNEzVO-) .....	402
28.06.2006	Verordnung über Modellvorhaben nach § 4 Abs. 4 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII-ModellVO) .....	406
12.06.2006	Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Eigenbetriebsverordnung .....	407
04.07.2006	Verordnung zur Durchführung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes (ThürErzGGDVO) .....	417
24.07.2006	Bekanntmachung über das In-Kraft-Treten des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie .....	419

## Gesetz über die Berufsakademien in Thüringen Vom 24. Juli 2006

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### Dritter Abschnitt Aufbau und Organisation

#### Artikel 1 Thüringer Berufsakademiegesezt (ThürBAG)

##### Inhaltsübersicht

##### Erster Abschnitt Grundlagen und allgemeine Bestimmungen

- § 1 Begriff und Aufgaben der Berufsakademien Eisenach und Gera
- § 2 Errichtung, Rechtsstellung und Aufgaben der Staatlichen Studienakademie
- § 3 Gliederung der Staatlichen Studienakademie
- § 4 Finanzierung
- § 5 Aufsicht
- § 6 Namensschutz

##### Zweiter Abschnitt Studierende, Studium, Lehrpersonal

- § 7 Zugang zum Studium
- § 8 Zulassung zum Studium
- § 9 Widerruf der Zulassung
- § 10 Gliederung und Aufbau des Studiums
- § 11 Abschlüsse
- § 12 Akkreditierung, Evaluation
- § 13 Bachelorstudiengänge
- § 14 Prüfungen, Prüfungsleistungen, Leistungskontrollen
- § 15 Berichtswesen
- § 16 Berufsbezogene Weiterbildung
- § 17 Lehrpersonal
- § 18 Dozenten
- § 19 Lehrbeauftragte

- § 20 Gremien der Berufsakademien
- § 21 Zusammensetzung des Kollegiums
- § 22 Zuständigkeit des Kollegiums
- § 23 Zusammensetzung und Zuständigkeit der Studienkommissionen
- § 24 Zusammensetzung und Zuständigkeit der Koordinierungskommissionen
- § 25 Direktor
- § 26 Leiter einer Studienabteilung
- § 27 Verwaltungsleiter
- § 28 Leiter eines Studiengangs, Leiter einer Studienrichtung
- § 29 Studierendenausschuss
- § 30 Frauenbeauftragte

##### Vierter Abschnitt Verarbeitung und Nutzung von Daten, Ordnungswidrigkeiten, Anwendung anderer Rechtsvorschriften

- § 31 Datenverarbeitung, Datennutzung
- § 32 Ordnungswidrigkeiten
- § 33 Rechtsstellung der Mitglieder der Gremien und Kommissionen
- § 34 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz
- § 35 Gebühren

##### Fünfter Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmung

- § 36 Übergangsbestimmung zu den Satzungen
- § 37 Gleichstellungsbestimmung

## **Erster Abschnitt** **Grundlagen und allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1**

#### Begriff und Aufgaben der Berufsakademien Eisenach und Gera

(1) Die Berufsakademien Eisenach und Gera erfüllen ihre Aufgaben durch das Zusammenwirken der Staatlichen Studienakademie mit den beteiligten Praxispartnern.

(2) Die Berufsakademien sind Einrichtungen des Bildungssystems im tertiären Bereich; sie vermitteln eine wissenschafts- und zugleich praxisbezogene Bildung.

(3) Beteiligte Praxispartner können Unternehmen der Wirtschaft, vergleichbare Einrichtungen außerhalb der Wirtschaft, insbesondere solche der freien Berufe, sowie Einrichtungen von Trägern sozialer Aufgaben sein. Sie können sich an der Durchführung des Studiums an der Staatlichen Studienakademie beteiligen, wenn sie geeignet sind, die vorgeschriebenen Inhalte der in das Studium integrierten praktischen Studienabschnitte zu vermitteln, und wenn sie für die Dauer des Studiums eine Ausbildungsvergütung gewähren. Diese Vergütung darf den Bedarfssatz nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zuzüglich der Beträge nach § 13a BAföG nicht unterschreiten (Mindestausbildungsvergütung).

### **§ 2**

#### Errichtung, Rechtsstellung und Aufgaben der Staatlichen Studienakademie

(1) Es wird die Staatliche Studienakademie mit Sitz in Gera errichtet. Sie bildet den staatlichen Teil der Berufsakademien Eisenach und Gera.

(2) Die Staatliche Studienakademie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die über das Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen dieses Gesetzes verfügt. Sie unterhält in Gera und Eisenach jeweils eine rechtlich selbstständige Studienabteilung.

(3) Die für die Arbeitnehmer des Landes geltenden Tarifverträge und sonstigen Vorschriften finden auf die Arbeitnehmer der Staatlichen Studienakademie Anwendung.

(4) Die Staatliche Studienakademie regelt die Zulassung der Studierenden zum Studium, die Durchführung des Studiums, die Prüfungsordnung, das Verfahren zur Zulassung als Praxispartner sowie das Berufungsverfahren für Dozenten durch Satzungen, die der Genehmigung durch das für Hochschulwesen zuständige Ministerium bedürfen. Die Satzungen werden im Amtsblatt des für Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bekannt gemacht und treten am ersten Tag des auf ihre Bekanntmachung folgenden Monats in Kraft, es sei denn, dass in ihnen ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist.

(5) Die Staatliche Studienakademie führt die Bezeichnung "Staatliche Studienakademie Thüringen".

(6) Die Staatliche Studienakademie arbeitet mit Hochschulen und anderen Einrichtungen des Bildungswesens zusammen. Sie fördert die Zusammenarbeit mit Trägern des Technologietransfers.

(7) Die Staatliche Studienakademie fördert die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im tertiären Bildungsbereich. Sie ermöglicht ihren Studierenden eine fremdsprachliche Bildung.

### **§ 3**

#### Gliederung der Staatlichen Studienakademie

An der Staatlichen Studienakademie können Studienbereiche für Wirtschaft, Technik und Soziales eingerichtet werden. Die Studienbereiche werden in Studiengänge untergliedert.

### **§ 4**

#### Finanzierung

Die Staatliche Studienakademie erhält Zuwendungen des Landes nach Maßgabe des Haushaltsplans. Einnahmen der Staatlichen Studienakademie, die nicht Zuwendungen des Landes sind, stehen ihr als Eigenmittel zusätzlich zur Verfügung.

### **§ 5**

#### Aufsicht

(1) Die Staatliche Studienakademie steht in Selbstverwaltungsangelegenheiten unter der Rechtsaufsicht und in den übrigen Angelegenheiten unter der Fachaufsicht des für Hochschulwesen zuständigen Ministeriums. Selbstverwaltungsangelegenheiten sind:

1. die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags,
2. der Vollzug des Haushalts,
3. die Verwaltung eigenen Vermögens,
4. die Entwicklungsplanung der Staatlichen Studienakademie,
5. die Mitwirkung bei Berufungen,
6. die Einstellung und Entlassung von Verwaltungspersonal,
7. die Planung und Organisation des Studienangebots,
8. die Weiterbildung,
9. das Verfahren der Zulassung und des Widerrufs der Zulassung zum Studium,
10. das Verfahren der Zulassung als Praxispartner,
11. die Ausübung des Hausrechts und
12. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Wahrnehmung der Aufgaben der Staatlichen Studienakademie.

(2) Die Staatliche Studienakademie ist verpflichtet, das für Hochschulwesen zuständige Ministerium auf Verlangen über alle ihre Angelegenheiten zu unterrichten, insbesondere die Ausübung der Aufsicht an Ort und Stelle zu ermöglichen, mündlich oder schriftlich zu berichten sowie Akten und sonstige Unterlagen vorzulegen.

(3) Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium kann rechtswidrige Entscheidungen und Maßnahmen beanstanden; es kann dabei eine Frist zur Aufhebung oder anderweitigen Abhilfe setzen. Beanstandete Entscheidungen und

Maßnahmen dürfen nicht ausgeführt werden. Sind sie bereits ausgeführt, kann das für Hochschulwesen zuständige Ministerium anordnen, dass sie rückgängig gemacht werden, soweit unentziehbare Rechte Dritter nicht entstanden sind.

(4) Werden gesetzliche Pflichten und Aufgaben nicht erfüllt, kann das für Hochschulwesen zuständige Ministerium anordnen, dass das Erforderliche innerhalb einer bestimmten Frist veranlasst wird.

(5) Die Fachaufsicht wird durch Weisungen ausgeübt. Vor einer Weisung ist der Staatlichen Studienakademie Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(6) Wird einer Aufsichtsmaßnahme nicht fristgerecht nachgekommen, kann das für Hochschulwesen zuständige Ministerium

1. im Fall des Absatzes 3 die beanstandeten Entscheidungen und Maßnahmen aufheben und
2. in den Fällen der Absätze 4 und 5 anstelle der Staatlichen Studienakademie das Erforderliche veranlassen.

## § 6

### Namenschutz

Die Bezeichnungen "Berufsakademie Eisenach", "Berufsakademie Gera" und "Staatliche Studienakademie Thüringen" sowie deren fremdsprachige Übersetzung, insbesondere die englische Bezeichnung "University of Cooperative Education", dürfen nur von den durch dieses Gesetz eingerichteten Berufsakademien und der aufgrund dieses Gesetzes errichteten Staatlichen Studienakademie geführt werden. Eine auf eine Berufsakademie oder Staatliche Studienakademie hinweisende Bezeichnung mit geographischem Bezug zu Thüringen darf nur mit Zustimmung des für Hochschulwesen zuständigen Ministeriums geführt werden.

## Zweiter Abschnitt Studierende, Studium, Lehrpersonal

## § 7

### Zugang zum Studium

(1) Die Zugangsvoraussetzungen zum Studium erfüllt, wer

1. die allgemeine, die dem Studiengang entsprechende fachgebundene Hochschulreife, die Fachhochschulreife oder eine von dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium als gleichwertig anerkannte Vorbildung besitzt,
2. mit einem zugelassenen Praxispartner einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hat, der den von der Staatlichen Studienakademie aufgestellten Grundsätzen für die Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses entspricht und
3. über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

(2) Besonders qualifizierte Berufstätige, die keine Hochschulzugangsberechtigung nach Absatz 1 Nr. 1 besitzen, sind zum Studium in einem bestimmten Studiengang berechtigt, wenn sie eine Eingangsprüfung bestehen. Zur Prüfung wird zugelassen, wer eine mindestens zweijährige

ge Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat und in seinem Beruf mindestens zwei Jahre tätig war. Das Nähere über die Zulassung zur Prüfung, die Prüfungsanforderungen, die Art und den Umfang der Prüfungsleistungen, die Zusammensetzung der Prüfungskommission, das Prüfungsverfahren sowie die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften regelt das für Hochschulwesen zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung. Absatz 1 Nr. 2 und 3 bleibt unberührt.

## § 8

### Zulassung zum Studium

(1) Zum Studium an der Staatlichen Studienakademie kann zugelassen werden, wer

1. die Zugangsvoraussetzungen nach § 7 erfüllt,
2. von einem Praxispartner unter Vorlage des Ausbildungsvertrags zum Studium vorgeschlagen worden ist und
3. den Beitrag für das Studentenwerk entrichtet hat.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn der Studienbewerber Prüfungen, Prüfungsleistungen oder Leistungskontrollen in einem Studiengang mit im Wesentlichen gleichem Inhalt an einer Berufsakademie, Staatlichen Studienakademie oder an einer Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes (HRG) endgültig nicht bestanden hat.

(3) Den Bescheid über die Zulassung erteilt der Direktor der Staatlichen Studienakademie oder ein von ihm beauftragter Leiter einer Studienabteilung.

## § 9

### Widerruf der Zulassung

(1) Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn

1. Tatsachen bekannt werden oder eingetreten sind, die zur Versagung der Zulassung geführt hätten,
2. der Studierende seine Pflichten nach § 10 Abs. 3 schwerwiegend oder wiederholt verletzt oder die Wahrnehmung der Aufgaben der Staatlichen Studienakademie schwerwiegend oder wiederholt gestört hat,
3. der Studierende eine nach der Prüfungsordnung und der Studienordnung erforderliche Prüfung, Prüfungsleistung oder Leistungskontrolle endgültig nicht bestanden hat,
4. der Studierende nicht zu Beginn eines jeden Semesters nachweist, dass er den Beitrag für das Studentenwerk entrichtet sowie fällige Gebühren nach § 35 beglichen hat oder
5. das Ausbildungsverhältnis des Studierenden mit dem Praxispartner rechtswirksam beendet und trotz Bemühens der Staatlichen Studienakademie nicht innerhalb von zwölf Wochen ein neuer Ausbildungsvertrag mit einem anderen Praxispartner abgeschlossen worden ist.

(2) Den Bescheid über den Widerruf erteilt der Direktor der Staatlichen Studienakademie oder ein von ihm beauftragter Leiter einer Studienabteilung.

## § 10

## Gliederung und Aufbau des Studiums

(1) Das Studium an der Staatlichen Studienakademie dauert drei Jahre (sechs Semester). Jedes Semester hat einen theoriebezogenen sowie einen in das Studium integrierten praktischen Studienabschnitt, die in der Regel jeweils zwölf Wochen umfassen. Die Studienabschnitte werden inhaltlich und organisatorisch aufeinander abgestimmt.

(2) Der Inhalt des Studiums wird durch Studienordnungen auf der Grundlage der Prüfungsordnung nach § 14 Satz 1 und unter Berücksichtigung der fachlichen und didaktischen Entwicklung sowie der Anforderungen der beruflichen Praxis geregelt.

(3) Die Studierenden sind verpflichtet, regelmäßig an den Lehrveranstaltungen teilzunehmen und sich den vorgeschriebenen Prüfungen, Prüfungsleistungen und Leistungskontrollen zu unterziehen.

(4) Studierende können auf Antrag aus wichtigem Grund vom Studium befreit werden (Beurlaubung). Eine Beurlaubung kann in der Regel bis zu einem Studienjahr gewährt werden. Während der Beurlaubung bleiben die Rechte und Pflichten der Studierenden unberührt. Ob und in welchem Umfang Studien- und Prüfungsleistungen während der Beurlaubung erbracht werden können, regelt die Staatliche Studienakademie in ihrer Zulassungsordnung. Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz und Elternzeit nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz sind auf die Zeit der Beurlaubung nicht anzurechnen.

## § 11

## Abschlüsse

(1) Das dreijährige Studium an der Staatlichen Studienakademie wird durch ein staatliches Prüfungsverfahren oder im Fall des Absatzes 4 Satz 1 durch eine staatliche Prüfung abgeschlossen. Über den erfolgreichen Abschluss sind ein Zeugnis und eine Urkunde über die Verleihung der Abschlussbezeichnung sowie ein "Diploma Supplement" auszustellen. Studierende, die die Staatliche Studienakademie ohne Abschluss verlassen, erhalten auf Antrag eine zusammenfassende Leistungsbescheinigung über die insgesamt erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen. Die Bekanntgabe des Zeugnisses, der Urkunde und des "Diploma Supplement" in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

(2) Aufgrund des erfolgreichen Durchlaufens des staatlichen Prüfungsverfahrens verleiht das Land die Abschlussbezeichnung "Bachelor". Die Bachelorabschlüsse der Berufsakademien sind hochschulrechtlich Bachelorabschlüssen von Hochschulen gleichgestellt.

(3) Für den Bachelorabschluss sind die in den "Ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen" nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Oktober 2003 in der Fassung vom 22. September 2005 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 1908) niedergelegten Bezeichnungen zu verwenden.

(4) In nicht akkreditierten Studiengängen verleiht das Land aufgrund der erfolgreich abgelegten staatlichen Prüfung ein Diplom mit einem fachbezogenen Hinweis und dem Zusatz "Berufsakademie" ("BA"). Der Abschluss verleiht die gleichen Berechtigungen wie der entsprechende Abschluss einer staatlichen Fachhochschule.

## § 12

## Akkreditierung, Evaluation

(1) Studiengänge, die zu der Abschlussbezeichnung "Bachelor" führen, sind durch eine Akkreditierungsagentur in qualitativer Hinsicht zu bewerten (Akkreditierung). Die Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz in dem Beschluss zur Einordnung der Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien in die konsekutive Studienstruktur vom 15. Oktober 2004 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 1912.4) aufgestellten Grundsätze wird in dem Akkreditierungsverfahren überprüft.

(2) Die Staatliche Studienakademie überprüft in regelmäßigen Abständen die Lehrangebote in den einzelnen Studiengängen und führt hierzu unter Beteiligung der Studierenden insbesondere Evaluationen des Studienbetriebs durch, die dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium vorzulegen sind.

## § 13

## Bachelorstudiengänge

Bachelorstudiengänge müssen die für die Berufsqualifizierung notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen, Methodenkompetenzen und berufsweltbezogenen Qualifikationen vermitteln. Sie sind zu modularisieren. Zum Nachweis und zur Übertragung von erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen auf andere Studiengänge derselben oder einer anderen Einrichtung ist ein Leistungspunktesystem einzuführen.

## § 14

Prüfungen, Prüfungsleistungen,  
Leistungskontrollen

Prüfungen, Prüfungsleistungen und Leistungskontrollen werden auf der Grundlage einer Prüfungsordnung abgenommen. Vor dem Erlass der Prüfungsordnung durch die Staatliche Studienakademie sind die Gremien der Berufsakademien zu beteiligen. Die Prüfungsordnung regelt das Verfahren und die Zuständigkeit für die Abnahme der Prüfungen. Sie muss insbesondere Bestimmungen enthalten über

1. das Ziel des Studiums und der Prüfungen,
2. die Voraussetzungen der Zulassung zu den Prüfungen,
3. die Anrechnung von Studien-, Beschäftigungs- und Ausbildungszeiten sowie von Prüfungen, Prüfungsleistungen und Leistungskontrollen aus anderen Studiengängen,
4. Art und Umfang der Prüfungen, Prüfungsleistungen und Leistungskontrollen,
5. die Grundsätze für die Bewertung der einzelnen Prüfungen und Prüfungsleistungen,
6. die Fristen für die Meldung zu den Prüfungen,

7. den Rücktritt von einer Prüfung oder Prüfungsleistung sowie die Wiederholbarkeit einer Prüfung, Prüfungsleistung oder Leistungskontrolle,
8. das Prüfungsverfahren sowie die Folge von Verstößen gegen Prüfungsbestimmungen und
9. die Prüfungsorgane, ihre Zusammensetzung und ihre Zuständigkeit.

#### § 15 Berichtswesen

Die Staatliche Studienakademie legt in einem jährlich zu erstellenden Bericht (Jahresbericht) die Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben einschließlich der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips dar. Der Bericht hat insbesondere Angaben über die fachliche, strukturelle, personelle und bauliche Entwicklung der Studienabteilungen in Eisenach und Gera zu enthalten. Er soll einen Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Staatlichen Studienakademie geben.

#### § 16 Berufsbezogene Weiterbildung

Die Staatliche Studienakademie kann berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen im Einvernehmen mit dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium anbieten. Die berufsbezogene Weiterbildung dient vorrangig der weiteren Qualifizierung der in der beruflichen Praxis tätigen Absolventen der Berufsakademien, die über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen. Über die Teilnahme ist ein Zertifikat auszustellen.

#### § 17 Lehrpersonal

(1) Das Lehrpersonal der Staatlichen Studienakademie besteht aus Dozenten und Lehrbeauftragten.

(2) Der Anteil der von Dozenten gehaltenen Lehrveranstaltungen soll mindestens 40 vom Hundert betragen.

(3) Bei der Gewinnung von Dozenten und Lehrbeauftragten ist auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu achten.

#### § 18 Dozenten

- (1) Berufungsvoraussetzungen für die Dozenten sind
1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium in einem für die zu übernehmende Lehrtätigkeit geeigneten Studiengang,
  2. pädagogische Eignung,
  3. die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch eine qualifizierte Promotion nachgewiesen wird und
  4. besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen einschlägigen beruflichen Praxis, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein sollen.

(2) Als Dozent kann von dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung berufen werden, wer die allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.

(3) Zur Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens und des Berufungsvorschlags für die Besetzung einer Dozentenstelle wird von der Staatlichen Studienakademie im Einvernehmen mit dem Kollegium der Berufsakademien an der Staatlichen Studienakademie für jeden Studienbereich eine Berufungskommission gebildet, der drei Dozenten, zwei Lehrbeauftragte und ein Studierender angehören. Den Vorsitz führt ein Dozent. Ein Berufungsvorschlag soll mindestens die Namen von drei Kandidaten enthalten. Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium kann in begründeten Fällen von der Reihenfolge des Berufungsvorschlags abweichen. In diesem Fall ist der Staatlichen Studienakademie Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bestehen gegen den Berufungsvorschlag Bedenken, gibt das für Hochschulwesen zuständige Ministerium die Berufsliste unter Angabe der Gründe zurück. Wird die Berufsliste zurückgegeben, entscheidet die Staatliche Studienakademie, ob die Stelle erneut ausgeschrieben wird. Das Nähere über das Berufungsverfahren wird in einer Berufsordnungsverordnung nach § 2 Abs. 4 Satz 1 geregelt.

(4) Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium verleiht Dozenten frühestens nach Ablauf der Probezeit für die Dauer der Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Staatlichen Studienakademie die Bezeichnung "Professor". Scheidet ein Dozent wegen Erreichens der Altersgrenze oder wegen Dienstunfähigkeit aus, darf er die Bezeichnung "Professor" weiterführen. In anderen Fällen der Beendigung des Dienstverhältnisses kann die Bezeichnung weitergeführt werden, wenn das Dienstverhältnis mindestens fünf Jahre gedauert hat und das für Hochschulwesen zuständige Ministerium auf Vorschlag der Staatlichen Studienakademie hierzu die Erlaubnis erteilt. Der Verlust der Bezeichnung richtet sich nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen für die Amtsbezeichnung, die entsprechende Anwendung finden.

(5) Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium legt Art und Umfang der dienstlichen Aufgaben für die Dozenten fest. Dabei ist insbesondere der Umfang der dienstlichen Lehrverpflichtung unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Zeitaufwands für die Durchführung der verschiedenen Arten von Lehrveranstaltungen in einer Verwaltungsvorschrift zu regeln.

(6) Dozenten können zur beruflichen und wissenschaftlichen Fortbildung unter Fortzahlung ihrer Bezüge ganz oder teilweise von ihren Dienstaufgaben zeitweise freigestellt werden. Die vollständige und ordnungsgemäße Vertretung des Fachs in der Lehre sowie die Durchführung von Prüfungen müssen gewährleistet sein. Die Freistellung kann für höchstens ein Semester und frühestens vier Jahre nach Ablauf der letzten Freistellung ausgesprochen werden. Über den Freistellungsantrag entscheidet der Direktor der Staatlichen Studienakademie. Dem Antrag darf nur entsprochen werden, wenn der Dozent sich verpflichtet, während der Freistellung Nebentätigkeiten nur unter den Voraus-

setzungen und in dem Umfang auszuüben, wie dies nach den Nebentätigkeitsrechtlichen Bestimmungen gestattet ist.

### § 19 Lehrbeauftragte

(1) Lehrbeauftragte sollen aus den Bereichen der Hochschulen, der Wirtschaft, der freien Berufe, der öffentlichen Verwaltung oder den Einrichtungen des Sozialwesens gewonnen werden. Ihre fachwissenschaftliche und pädagogisch-didaktische Befähigung sowie ihre fachpraktische Berufserfahrung müssen den Anforderungen an den Lehrauftrag entsprechen. Sie sollen über einen fachlich einschlägigen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss verfügen und müssen die für die Tätigkeit im Öffentlichen Dienst notwendige persönliche Eignung aufweisen.

(2) Lehrbeauftragte werden für eine bestimmte Zeit, in der Regel für ein Semester, durch die Staatliche Studienakademie bestellt. Sie stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis eigener Art zur Staatlichen Studienakademie. Der Lehrauftrag ist von der Staatlichen Studienakademie im Einzelnen festzulegen.

(3) Die Höhe der Lehrauftragsvergütung wird durch eine Verwaltungsvorschrift des für Hochschulwesen zuständigen Ministeriums festgelegt.

(4) Lehrbeauftragten, die über einen längeren Zeitraum besonders erfolgreich an der Staatlichen Studienakademie tätig waren und die Einstellungsvoraussetzungen für hauptberufliche Lehrkräfte erfüllen, kann das für Hochschulwesen zuständige Ministerium auf Vorschlag der Staatlichen Studienakademie die Bezeichnung "Professor" verleihen. Die Verleihung der Bezeichnung kann aus Gründen widerrufen werden, die bei einem Beamten zur Entfernung aus dem Dienst führen. Bei Widerruf der Verleihung oder Verzicht auf den Titel entfällt das Recht zur Führung der Bezeichnung.

## Dritter Abschnitt Aufbau und Organisation

### § 20 Gremien der Berufsakademien

Gremien der Berufsakademien sind das Kollegium, die Studienkommissionen und die Koordinierungskommissionen. Bei der Bildung der Gremien sind Frauen angemessen zu berücksichtigen.

### § 21 Zusammensetzung des Kollegiums

(1) Für die Berufsakademien Eisenach und Gera ist ein gemeinsames Kollegium einzurichten.

(2) Dem Kollegium gehören als Mitglieder an:

1. drei Vertreter der Ministerien,
2. die Leiter der Studienabteilungen,
3. zwei Vertreter der Praxispartner,
4. ein Vertreter der Gewerkschaften,

5. ein Vertreter der zuständigen berufsständischen Kammern,
  6. ein Vertreter des auf Landesebene bestehenden Zusammenschlusses der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege und
  7. ein Vertreter der Studierenden der Staatlichen Studienakademie.
- Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter.

(3) Die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und deren Stellvertreter werden von der Landesregierung für drei Jahre bestellt. Die Leiter der Studienabteilungen bestimmen und bestellen ihre Stellvertreter selbst. Die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 bis 6 und deren Stellvertreter werden von den jeweils zuständigen Organisationen, Zusammenschlüssen oder Einrichtungen vorgeschlagen; sie werden von dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium für drei Jahre bestellt. Der Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 7 und sein Stellvertreter werden vom Studierendenausschuss gewählt und vom Direktor der Staatlichen Studienakademie für zwei Jahre bestellt.

(4) Scheidet ein Vertreter oder ein Stellvertreter aus dem Kollegium aus, so endet die Amtszeit des Nachfolgers zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtszeit des Vertreters oder Stellvertreters geendet hätte.

(5) Das Kollegium der Berufsakademien wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Von den zu Wählenden soll der eine ein Vertreter der Ministerien und der andere ein Vertreter der Praxispartner sein.

### § 22 Zuständigkeit des Kollegiums

(1) Das Kollegium gibt Empfehlungen zu Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere zu

1. der Entwicklung der Staatlichen Studienakademie,
2. der Einrichtung oder Aufhebung von Studiengängen und Studienrichtungen an der Staatlichen Studienakademie,
3. der Bestellung des Direktors der Staatlichen Studienakademie und der Leiter der Studienabteilungen,
4. der Prüfungsordnung,
5. den Studienordnungen,
6. der Berufsordnungen,
7. den Grundsätzen für die Zulassung von Studierenden,
8. den Grundsätzen für die Ausgestaltung des Ausbildungsvertrags zwischen den Studierenden und den Praxispartnern,
9. den Grundsätzen für das Verfahren zur Zulassung als Praxispartner,
10. überregionalen Maßnahmen zur Erhaltung und Gewinnung von Ausbildungsplätzen,
11. Maßnahmen zur qualitativen Weiterentwicklung des Studiums sowie
12. den Grundsätzen der Weiterbildung und Qualifizierung des Lehr- und Verwaltungspersonals.

Das Kollegium bestimmt auf Vorschlag des Direktors dessen ständigen Vertreter. In Fragen der eigenen Bestellung haben die Leiter der Studienabteilungen kein eigenes Stimmrecht im Kollegium.

(2) Das Kollegium kann einer Koordinierungskommission oder Studienkommission einzelne Angelegenheiten zur Beratung überweisen.

### § 23

#### Zusammensetzung und Zuständigkeit der Studienkommissionen

(1) An den Berufsakademien Eisenach und Gera ist für jeden Studienbereich eine Studienkommission zu bilden.

(2) Jeder Studienkommission gehören an:

1. drei Vertreter aus dem Kreis der Dozenten,
2. drei Vertreter der Praxispartner und
3. ein Vertreter der Studierenden.

Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter.

(3) Die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und deren Stellvertreter werden vom Leiter der Studienabteilung, die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und deren Stellvertreter von den jeweils zuständigen Organisationen, Zusammenschlüssen oder Einrichtungen der Praxispartner vorgeschlagen und für drei Jahre von dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium bestellt. Der Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und sein Stellvertreter werden vom Studierendenausschuss gewählt und vom Leiter der Studienabteilung für zwei Jahre bestellt.

(4) Scheidet ein Vertreter oder ein Stellvertreter aus der Studienkommission aus, so endet die Amtszeit des Nachfolgers zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtszeit des Vertreters oder Stellvertreters geendet hätte.

(5) Jede Studienkommission wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Von ihnen soll einer ein Vertreter der Studienabteilung, der andere ein Vertreter der Praxispartner sein.

(6) Die Studienkommissionen geben Empfehlungen zu fachlichen Angelegenheiten der Studienbereiche. Ihnen obliegen insbesondere die Erarbeitung der Studienordnung und der Prüfungsordnung für die theoriebezogenen Studieninhalte der Staatlichen Studienakademie sowie der praxisbezogenen Studieninhalte der Praxispartner. Sie beraten das Kollegium in allen diesbezüglichen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.

### § 24

#### Zusammensetzung und Zuständigkeit der Koordinierungskommissionen

(1) An jeder Berufsakademie ist eine Koordinierungskommission zu bilden.

(2) Den Koordinierungskommissionen gehören jeweils an:

1. der Leiter der Studienabteilung,
2. für jeden Studienbereich ein Leiter eines Studiengangs,
3. für jeden Studienbereich ein Vertreter der Praxispartner,
4. ein weiterer Vertreter der Praxispartner und
5. für jeden Studienbereich ein Vertreter der Studierenden.

Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Der Verwaltungsleiter der Staatlichen Studienakademie kann an den Sitzungen der Koordinierungskommission mit beratender Stimme teilnehmen.

(3) Der Leiter der Studienabteilung bestimmt und bestellt seinen Stellvertreter selbst. Die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und deren Stellvertreter werden von den Dozenten der Staatlichen Studienakademie, die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 und deren Stellvertreter von den jeweils zuständigen Organisationen, Zusammenschlüssen oder Einrichtungen der Praxispartner vorgeschlagen und vom Direktor der Staatlichen Studienakademie im Einvernehmen mit dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium für drei Jahre bestellt. Die Vertreter nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 und deren Stellvertreter werden vom Studierendenausschuss gewählt und vom Direktor der Staatlichen Studienakademie für zwei Jahre bestellt.

(4) Scheidet ein Vertreter oder ein Stellvertreter aus der Koordinierungskommission aus, so endet die Amtszeit des Nachfolgers zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtszeit des Vertreters oder Stellvertreters geendet hätte.

(5) Jede Koordinierungskommission wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Von ihnen soll einer der Leiter der Studienabteilung, der andere ein Vertreter der Praxispartner sein. Der Direktor soll nicht zugleich Vorsitzender der Koordinierungskommission seiner Studienabteilung sein.

(6) Die Koordinierungskommissionen regeln die Zusammenarbeit zwischen der Studienabteilung und den zugelassenen Praxispartnern. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere

1. die Abstimmung der Studienplatzkapazitäten an der Studienabteilung und bei den zugelassenen Praxispartnern,
2. Empfehlungen für die Bestellung der Leiter der Studiengänge und der Studienrichtungen,
3. Maßnahmen zur Gewinnung und Sicherung von Ausbildungsplätzen und
4. die Durchführung des Verfahrens zur Zulassung als Praxispartner sowie die Aufstellung und Fortschreibung eines Verzeichnisses zugelassener Praxispartner.

In Fragen der eigenen Bestellung haben die Leiter der Studiengänge kein eigenes Stimmrecht in ihrer jeweiligen Koordinierungskommission. Soweit die Koordinierungskommissionen Aufgaben nach Absatz 6 Satz 2 Nr. 4 durchführen, handeln sie im Auftrag der Staatlichen Studienakademie.

### § 25

#### Direktor

(1) Der Direktor vertritt die Staatliche Studienakademie, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Er leitet die Staatliche Studienakademie und zugleich eine Studienabteilung. Er hat Lehrveranstaltungen zu halten.

(2) Der Direktor muss über die Berufungsvoraussetzungen für Dozenten nach § 18 Abs. 1 verfügen. Seine Bestellung erfolgt befristet auf fünf Jahre durch das für Hoch-

schulwesen zuständige Ministerium. Eine mehrfache Wiederbestellung ist möglich. Er schlägt dem Kollegium einen Kandidaten für seinen ständigen Vertreter vor.

(3) Der Direktor ist Dienstvorgesetzter der Dozenten und des Verwaltungsleiters. Dienstvorgesetzter des Direktors ist das für Hochschulwesen zuständige Ministerium.

(4) Der Direktor bereitet die Sitzungen des Kollegiums in Abstimmung mit dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium vor und berücksichtigt die Empfehlungen des Kollegiums nach § 22 Abs. 1 bei seinen Entscheidungen. Er lässt die Praxispartner zu, wobei er an die Entscheidung der Koordinierungskommission nach § 24 Abs. 6 Satz 2 Nr. 4 gebunden ist. Er unterstützt die Vorsitzenden der Studienkommissionen.

(5) Hält der Direktor eine Entscheidung einer Koordinierungskommission nach § 24 Abs. 6 nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit für nicht vertretbar oder nachteilig für die Staatliche Studienakademie, muss er diese beanstanden. Die Beanstandung ist schriftlich zu begründen. Sie hat aufschiebende Wirkung. Wird der Beanstandung nicht abgeholfen, legt er die Angelegenheit dem für Hochschulwesen zuständigen Ministerium zur Entscheidung vor.

#### § 26

##### Leiter einer Studienabteilung

(1) Der Leiter einer Studienabteilung wird jeweils aus dem Kreis der der Studienabteilung angehörenden Dozenten durch das für Hochschulwesen zuständige Ministerium bestellt.

(2) Der Leiter einer Studienabteilung entscheidet in grundsätzlichen fachlichen und organisatorischen Angelegenheiten nach Anhörung der Dozenten der Studienabteilung.

(3) Der Leiter der Studienabteilung unterstützt den Vorsitzenden der Koordinierungskommission bei der Vorbereitung der Sitzungen und führt die Beschlüsse der Koordinierungskommission aus. Hält er Beschlüsse für rechtswidrig oder nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für nicht vertretbar oder von Nachteil für die Studienabteilung oder die Staatliche Studienakademie, legt er die Angelegenheit dem Direktor vor.

#### § 27

##### Verwaltungsleiter

(1) Der Verwaltungsleiter unterstützt den Direktor bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Er leitet die Verwaltung der Staatlichen Studienakademie und ist Beauftragter für den Haushalt. Er führt die laufenden Geschäfte in Übereinstimmung mit dem Direktor und ist Dienstvorgesetzter für das sonstige Personal der Staatlichen Studienakademie.

(2) Der Verwaltungsleiter wird vom Direktor im Einvernehmen mit dem für das Hochschulwesen zuständigen Minis-

terium bestellt. Er soll die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Verwaltungsdienstes besitzen.

#### § 28

##### Leiter eines Studiengangs, Leiter einer Studienrichtung

(1) Der Leiter eines Studiengangs sowie der Leiter einer Studienrichtung werden vom Direktor der Staatlichen Studienakademie auf Empfehlung der Koordinierungskommission aus dem Kreis der Dozenten bestellt. Die Bestellung ist auf drei Jahre zu befristen. Eine mehrfache Wiederbestellung ist möglich.

(2) Der Leiter eines Studiengangs ist für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung eines Studiengangs verantwortlich.

(3) Der Leiter einer Studienrichtung ist für den geordneten Ablauf des Studiums einer Studienrichtung und für die Zusammenarbeit mit den Praxispartnern verantwortlich.

#### § 29

##### Studierendenausschuss

(1) Die Studierenden nehmen ihre fachlichen und sozialen Belange durch einen Studierendenausschuss wahr. Er wird von der Staatlichen Studienakademie unterstützt. Näheres über die Organisation und die Wahlen regelt der Studierendenausschuss in einer Ordnung, die er mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließt. Die Ordnung bedarf der Genehmigung des Direktors der Staatlichen Studienakademie. Die Genehmigung kann nur aus Rechtsgründen versagt werden.

(2) Der Studierendenausschuss wird von den Studierenden der Staatlichen Studienakademie gewählt. Er besteht aus sechs Mitgliedern. Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Der Studierendenausschuss bestimmt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

#### § 30

##### Frauenbeauftragte

An der Staatlichen Studienakademie wird auf Vorschlag der weiblichen Beschäftigten durch den Direktor eine Frauenbeauftragte nach dem Thüringer Gleichstellungsgesetz vom 3. November 1998 (GVBl. S. 309) in der jeweils geltenden Fassung bestellt.

#### Vierter Abschnitt

##### Verarbeitung und Nutzung von Daten, Ordnungswidrigkeiten, Anwendung anderer Rechtsvorschriften

#### § 31

##### Datenverarbeitung, Datennutzung

(1) Die Staatliche Studienakademie darf von Studienbewerbern und Studierenden die personenbezogenen Daten verarbeiten und nutzen, die insbesondere für die Zulassung zum Studium, die Teilnahme an den wissenschaftsbezogenen sowie an den studienintegrierten praktischen



Studienabschnitten, die Prüfungen, Prüfungsleistungen, Leistungskontrollen, die Nutzung von Einrichtungen der Staatlichen Studienakademie, für die Planungen sowie für den Jahresbericht nach § 15 erforderlich sind. Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Nähere über die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten der Studienbewerber und Studierenden.

(2) Die Staatliche Studienakademie kann personenbezogene Daten von Dozenten und Lehrbeauftragten (Betroffene) zur Beurteilung der Bewerbungssituation, der Lehrfähigkeit, des Studienangebots sowie des Ablaufs von Studium und Prüfungen erheben, verarbeiten und nutzen. Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung Inhalt, Zweck und Umfang der Auskunftspflicht sowie die Erhebungsmerkmale und das Erhebungsverfahren; festzulegen sind insbesondere

1. das Verfahren der Auswertung,
2. die Unterrichtung der Betroffenen über Zweck und Inhalt von Befragungen oder Evaluationen und
3. die Ausgestaltung der Auskunftsrechte der Betroffenen.

(3) Die Staatliche Studienakademie kann zum Zweck der Evaluation der Lehre bei Studierenden personenbezogene Daten über Dozenten und Lehrbeauftragte (Betroffene) erheben, verarbeiten und nutzen. Die Betroffenen haben die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung ihrer personenbezogenen Daten zu dulden. Die Studierenden sind nicht verpflichtet, Angaben zu machen. Das Nähere regelt eine Rechtsverordnung. Absatz 2 Satz 2 2. Halbsatz findet Anwendung.

### § 32

#### Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 6 Satz 1 die Bezeichnungen "Berufsakademie Eisenach", "Berufsakademie Gera" oder "Staatliche Studienakademie Thüringen" oder deren fremdsprachige Übersetzung, insbesondere die englische Bezeichnung "University of Cooperative Education", führt oder
2. entgegen § 6 Satz 2 eine auf eine Berufsakademie oder die Staatliche Studienakademie hinweisende Bezeichnung mit geographischem Bezug zu Thüringen ohne Zustimmung führt oder
3. eine Bezeichnung führt, die mit der Bezeichnung "Berufsakademie Eisenach", "Berufsakademie Gera" oder "Staatliche Studienakademie Thüringen" verwechselt werden kann.

(2) Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu zweihundertfünfzigtausend Euro geahndet werden.

### § 33

#### Rechtsstellung der Mitglieder der Gremien und Kommissionen

(1) Die Tätigkeit in den Gremien und Kommissionen ist ehrenamtlich. Soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, kann externen Mitgliedern der Gremien und Kommissionen sowie externen Sachverständi-

gen, die zu den Sitzungen beigezogen und ordnungsgemäß eingeladen worden sind, auf Antrag Reisekostenvergütung nach dem Thüringer Reisekostengesetz vom 23. Dezember 2005 (GVBl. S. 446) in der jeweils geltenden Fassung gewährt werden. Für Sitzungsteilnehmer, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen, gilt das Thüringer Reisekostengesetz entsprechend.

(2) Erleidet ein ehrenamtlich tätiges Mitglied eines Gremiums oder einer Kommission einen Dienstunfall, hat es die gleichen Rechte wie ein Ehrenbeamter.

(3) Die Mitglieder der Gremien und Kommissionen sind bei der Ausübung ihres Stimmrechts an Weisungen nicht gebunden.

### § 34

#### Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz

Das Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung vom 15. Februar 2005 (GVBl. S. 32) in der jeweils geltenden Fassung findet auf Berufungsverfahren keine Anwendung. Auf Prüfungsverfahren findet es Anwendung, soweit die Prüfungsordnung nicht inhaltsgleiche oder entgegenstehende Bestimmungen enthält.

### § 35

#### Gebühren

(1) Für die Teilnahme an Veranstaltungen der berufsbezogenen Weiterbildung nach § 16 sind Gebühren und Auslagen oder Entgelte zu erheben, die so zu bemessen sind, dass sie den der Staatlichen Studienakademie entstehenden Aufwand decken. Sie sind im Wirtschaftsplan gesondert auszuweisen.

(2) Gebühren, die für die Benutzung von Einrichtungen der Staatlichen Studienakademie erhoben werden, sind in der jeweiligen Benutzungsordnung festzulegen, die von der Staatlichen Studienakademie in geeigneter Weise bekannt gemacht wird.

(3) Die Staatliche Studienakademie kann eine allgemeine Gebührenordnung erlassen. Sie ist in geeigneter Weise bekannt zu machen.

(4) Die die Gebühren regelnden Ordnungen bedürfen der Genehmigung des für Hochschulwesen zuständigen Ministeriums.

### Fünfter Abschnitt

#### Übergangs- und Schlussbestimmung

### § 36

#### Übergangsbestimmung zu den Satzungen

Satzungen aufgrund des § 2 Abs. 3 des Thüringer Berufsakademiegesetzes in der bis zum 30. September 2006 geltenden Fassung, die vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes in Kraft waren, gelten mit Ausnahme der Immatrikulationsordnung der Berufsakademie Thüringen vom 16. November 2000 (GMABl. Nr. 12 S. 480) bis zum In-Kraft-Treten der Satzungen aufgrund des Artikels 1 § 2 Abs. 4 weiter.

**§ 37**

## Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

**Artikel 2  
Gesetz****über die Aufhebung der Berufsakademie Thüringen  
und der Staatlichen Studienakademie Thüringen****§ 1**

## Aufhebung der Berufsakademie Thüringen

Die durch § 1 Abs. 1 des Thüringer Berufsakademiegesetzes vom 1. Juli 1998 (GVBl. S. 233) errichtete Berufsakademie Thüringen wird aufgehoben. Die Amtszeit der Mitglieder des Kollegiums, der Studienkommissionen und der Koordinierungskommissionen sowie die Mitgliedschaft der Studierenden in der Berufsakademie Thüringen enden mit deren Aufhebung.

**§ 2**Aufhebung der Staatlichen  
Studienakademie

Die durch § 1 Abs. 1 des Thüringer Berufsakademiegesetzes vom 1. Juli 1998 (GVBl. S. 233) errichtete Staatliche

Studienakademie Thüringen wird aufgehoben. Die Staatliche Studienakademie Thüringen wird Rechtsnachfolger der aufgehobenen Staatlichen Studienakademie Thüringen.

**Artikel 3****Änderung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum  
Bundesausbildungsförderungsgesetz**

In § 1 Abs. 3 Satz 2 des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz in der Fassung vom 29. Mai 2002 (GVBl. S. 201), das durch Gesetz vom 3. Februar 2006 (GVBl. S. 35) geändert worden ist, werden jeweils nach dem Wort "Studienakademie" die Worte "der Berufsakademie Thüringen" gestrichen.

**Artikel 4****In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 2006 in Kraft. Gleichzeitig treten

1. das Thüringer Berufsakademiegesetz vom 1. Juli 1998 (GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 50 des Gesetzes vom 24. Oktober 2001 (GVBl. S. 265), und
2. die Immatrikulationsordnung der Berufsakademie Thüringen vom 16. November 2000 (GMABl. Nr. 12 S. 480) außer Kraft.

(2) Artikel 1 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Erfurt, den 24. Juli 2006  
Die Präsidentin des Landtags  
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

**Thüringer Gesetz**  
**zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Thüringen**  
**über die Übertragung der Aufgabe "Kostenerstattung bei Entgeltfortzahlung bei**  
**Arbeitsunfähigkeit" nach § 30 Abs. 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV)**  
**auf die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte für das Gebiet des Freistaats Thüringen**  
**Vom 24. Juli 2006**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

Dem am 11. Juli 2006 in Magdeburg und Erfurt unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Thüringen über die Übertragung der Aufgabe "Kostenerstattung bei Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit" nach § 30 Abs. 2 Satz 1 SGB IV auf die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte für das Gebiet des Freistaats

Thüringen wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

**§ 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 4 in Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt gemacht.

Erfurt, den 24. Juli 2006  
Die Präsidentin des Landtags  
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

**Staatsvertrag**  
**zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Thüringen**  
**über die Übertragung der Aufgabe "Kostenerstattung bei Entgeltfortzahlung bei**  
**Arbeitsunfähigkeit" nach § 30 Abs. 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV)**  
**auf die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte für das Gebiet des Freistaats Thüringen**

Das Land Sachsen-Anhalt und der Freistaat Thüringen schließen folgenden Staatsvertrag:

**Artikel 1**

(1) Nach § 14 Abs. 3 Satz 1 des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (ThBKG) in der Fassung vom 25. März 1999 (GVBl. S. 227), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Oktober 2001 (GVBl. S. 274), haben private Arbeitgeber Anspruch auf Erstattung der Kosten der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, wenn der Arbeitnehmer als Angehöriger der freiwilligen Feuerwehr infolge seines Dienstes in der Feuerwehr arbeitsunfähig geworden ist. Der Erstattungsanspruch besteht nach § 14 Abs. 3 Satz 2 ThBKG nur insoweit, als dem privaten Arbeitgeber nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften ein Erstattungsanspruch zusteht. Erstattungspflichtig sind die nach § 2 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThBKG für den Brandschutz zuständigen Aufgabenträger.

(2) Die vertragschließenden Länder kommen überein, dass die in Absatz 1 bezeichnete Aufgabe zur Erstattung der Kosten der Entgeltfortzahlung für das Gebiet des Freistaats

Thüringen auf die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte auf der Grundlage des § 30 Abs. 2 Satz 1 SGB IV übertragen wird. Die Aufgabenübertragung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, den die zuständige Aufsichtsbehörde Sachsen-Anhalt als Zeitpunkt für das Wirksamwerden der Vereinigung festlegt (vgl. § 117 Abs. 3 Satz 4, § 118 Abs. 1 Satz 6 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch).

**Artikel 2**

Die Feuerwehr-Unfallkasse Mitte hat nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 SGB IV Anspruch auf Erstattung der ihr durch die Aufgabenübertragung entstehenden Kosten. Sie erhebt hierfür im Freistaat Thüringen eine gesonderte Umlage bei den für den Brandschutz zuständigen Aufgabenträgern.

**Artikel 3**

Die vertragschließenden Länder können diesen Staatsvertrag mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres kündigen. Die Kündigung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vertragsunterzeichner.

**Artikel 4**

Dieser Staatsvertrag tritt nach Zustimmung der verfassungsmäßig zuständigen Organe der vertragschließenden Länder an dem Tag in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

Magdeburg, den 11. Juli 2006

Erfurt, den 11. Juli 2006

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Für den Freistaat Thüringen:

Der Ministerpräsident  
vertreten durch die Ministerin  
für Gesundheit und Soziales  
Dr. Gerlinde Kuppe

Der Ministerpräsident  
vertreten durch den Minister  
für Soziales, Familie und Gesundheit  
Dr. Klaus Zeh

**Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung  
für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten  
(ThürAPOgehVollzD)  
Vom 9. Mai 2006**

**Inhaltsübersicht**

**Erster Abschnitt**

**Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Erwerb der Befähigung
- § 2 Ausbildungsziel, Ausbildungsgrundsätze

**Zweiter Abschnitt**

**Einstellung und Zulassung**

- § 3 Einstellung
- § 4 Bewerbung
- § 5 Zulassung

**Dritter Abschnitt**

**Ausbildung**

- § 6 Dauer des Vorbereitungsdienstes
- § 7 Gliederung und Gestaltung der Ausbildung
- § 8 Praktische Einführung
- § 9 Fachwissenschaftliches Studium
- § 10 Fachpraktisches Studium
- § 11 Praxisbegleitende Lehrveranstaltungen
- § 12 Leitung der fachpraktischen Ausbildung, Praxisanleitung
- § 13 Beurteilungen
- § 14 Bewertung der Leistungen
- § 15 Unterbrechung und Verlängerung des Vorbereitungsdienstes
- § 16 Vorzeitige Entlassung

**Vierter Abschnitt**

**Prüfung**

- § 17 Zweck der Prüfung, Prüfungsausschuss
- § 18 Bestellung der Prüfer

- § 19 Prüfer
- § 20 Prüfungsverfahren
- § 21 Schriftliche Prüfung
- § 22 Bewertung der Aufsichtsarbeiten
- § 23 Prüfungsnoten
- § 24 Schlussentscheidung ohne mündliche Prüfung
- § 25 Zwischenentscheidung ohne mündliche Prüfung
- § 26 Mündliche Prüfung
- § 27 Schlussentscheidung nach mündlicher Prüfung
- § 28 Niederschrift über die mündliche Prüfung
- § 29 Prüfungszeugnis
- § 30 Ordnungswidriges Verhalten im Prüfungsverfahren
- § 31 Wiederholung der Prüfung
- § 32 Entscheidungen über Prüfungsleistungen
- § 33 Zuerkennung der Befähigung für den mittleren allgemeinen Vollzugsdienst
- § 34 Aufbewahrungsfristen

**Fünfter Abschnitt**

**Aufstiegsbeamte**

- § 35 Aufstiegsbeamte

**Sechster Abschnitt**

**Regelung für behinderte Menschen**

- § 36 Regelung für behinderte Menschen

**Siebenter Abschnitt**

**Übergangs- und Schlussbestimmungen**

- § 37 Übergangsbestimmung
- § 38 Gleichstellungsbestimmung
- § 39 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Aufgrund des § 17 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG) in der Fassung vom 8. September 1999 (GVBl. S. 525), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. September 2005 (GVBl. S. 331), verordnet das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium:

## **Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1 Erwerb der Befähigung**

Die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes an Justizvollzugsanstalten wird durch das Ableisten des Vorbereitungsdienstes und das Bestehen der Laufbahnprüfung erworben.

### **§ 2 Ausbildungsziel, Ausbildungsgrundsätze**

(1) Die Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes soll zur Berufsfähigkeit und zur Berufsfertigkeit führen. Sie soll vielseitig verwendungsfähige Beamte heranbilden, die nach ihrer Persönlichkeit und nach ihren allgemeinen und fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten in der Lage sind, selbstständig, mit sozialem und wirtschaftlichem Verständnis sowie mit organisatorischem und planerischem Geschick Aufgaben in der Vollzugsverwaltung, der Gefangenenbehandlung und sonstigen Bereichen zu erfüllen, die erforderlichen Entscheidungen und sonstigen Maßnahmen sachgerecht zu treffen und verständlich zu begründen.

(2) Die Ausbildung vermittelt zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Ziels neben der beruflichen Grundbildung in dem jeweils erforderlichen Umfang wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden sowie berufspraktische Kenntnisse und Fertigkeiten, auch soweit sie für den Umgang mit moderner Informationstechnik benötigt werden. Die Fähigkeiten zum problemorientierten und methodischen Denken und Handeln sind ebenso zu fördern wie die allgemeinen beruflichen Fähigkeiten, insbesondere zur Kommunikation und teamorientierten Zusammenarbeit, zur kritischen Überprüfung des eigenen Verhaltens sowie zum selbstständigen und wirtschaftlichen Handeln.

(3) Die Beamten sind so auszubilden, dass sie sich der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Staates verpflichtet fühlen und ihren künftigen Beruf als Dienst für das allgemeine Wohl auffassen. In der Ausbildung wird darauf hingewirkt, dass diese Einstellung sich auch in der Arbeitsweise, insbesondere im Umgang mit Gefangenen und Publikum, niederschlägt.

(4) Die Justizvollzugsinspektoranwärter sind verpflichtet, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten durch Selbststudium zu vervollkommen; ihr Selbststudium ist zu fördern. Sie sollen dazu befähigt werden, sich eigenständig weiterzubilden.

## **Zweiter Abschnitt Einstellung und Zulassung**

### **§ 3 Einstellung**

(1) Zur Ausbildung im Rahmen des Vorbereitungsdienstes kann zugelassen werden, wer

1. die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten erfüllt
2. nach charakterlichen, geistigen und körperlichen Anlagen sowie in gesundheitlicher Hinsicht für die Laufbahn geeignet ist; dabei darf von schwerbehinderten Menschen nur das für die Laufbahn erforderliche Mindestmaß körperlicher Rüstigkeit verlangt werden
3. eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt
4. im Zeitpunkt der Einstellung noch nicht das 27. Lebensjahr, als schwerbehinderter Mensch oder als Inhaber eines Eingliederungsscheins oder eines Zulassungsscheins noch nicht das 40. Lebensjahr vollendet hat; § 16 Abs. 5 der Thüringer Laufbahnverordnung (ThürLbVO) vom 7. Dezember 1995 (GVBl. S. 382) in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.

(2) Der für den Justizvollzug zuständige Minister beruft nach Durchführung eines Auswahlverfahrens den ausgewählten Bewerber in das Beamtenverhältnis auf Widerruf und weist ihn, in der Regel zum 1. August eines jeden Jahres, der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel (Fachhochschule) zu. Der Beamte führt während des Vorbereitungsdienstes die Dienstbezeichnung "Justizvollzugsinspektoranwärter" und wird durch die Zuweisung Student der Fachhochschule.

### **§ 4 Bewerbung**

(1) Das Bewerbungsgesuch ist an das für den Justizvollzug zuständige Ministerium zu richten.

(2) Der Bewerbung sind, gegebenenfalls auf Anforderung des für den Justizvollzug zuständigen Ministeriums, beizufügen:

1. ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf,
2. ein Lichtbild aus neuester Zeit,
3. eine beglaubigte Abschrift oder Ablichtung des Zeugnisses oder der Bescheinigung, durch die die Voraussetzung des § 3 Abs. 1 Nr. 3 nachgewiesen wird,
4. beglaubigte Abschriften oder Ablichtungen von Zeugnissen über die Tätigkeiten seit der Schulentlassung,
5. eine Einverständniserklärung der gesetzlichen Vertreter, wenn die Bewerberin oder der Bewerber noch nicht volljährig ist.

(3) Besteht bereits ein Dienstverhältnis im Justizdienst, ist das Gesuch auf dem Dienstweg einzureichen. Soweit die erforderlichen Unterlagen in den Personalakten enthalten sind, kann auf sie Bezug genommen werden. Die Leitung der Beschäftigungsbehörde hat sich in einer dienstlichen Beurteilung über Eignung, Befähigung und fachliche Leistung des Bewerbers zu äußern; etwaige Bedenken gegen die Zulassung zum Vorbereitungsdienst sind darzustellen.

## § 5 Zulassung

(1) Bewerber, deren Einstellung in Aussicht genommen ist, haben auf Anforderung

1. zu erklären,
  - a) ob sie gerichtlich vorbestraft sind und ob gegen sie ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft anhängig ist, und
  - b) ob sie in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben,
2. bei der zuständigen Meldebehörde ein Führungszeugnis zur Vorlage bei dem für den Justizvollzug zuständigen Ministerium zu beantragen,
3. das Original des Zeugnisses oder der Bescheinigung, durch die die Voraussetzung des § 3 Abs. 1 Nr. 3 nachgewiesen wird, vorzulegen.

(2) Vor der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf müssen weiterhin eine Geburtsurkunde oder ein Geburtsschein oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten auch die Heiratsurkunde oder ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch, bei Lebenspartnern auch die Lebenspartnerschaftsurkunde oder ein Auszug aus dem für die Lebenspartnerschaft geführten Lebenspartnerschaftsbuch, sowie ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis vorliegen.

## Dritter Abschnitt Ausbildung

### § 6 Dauer des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert drei Jahre (§ 30 Abs. 1 ThürLbVO).

(2) Auf den Vorbereitungsdienst kann ein erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule bis zur Dauer von zwölf Monaten angerechnet werden, sofern es der Ausbildung förderlich ist. Die Entscheidung trifft das für den Justizvollzug zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem Leiter der Fachhochschule.

### § 7 Gliederung und Gestaltung der Ausbildung

(1) Die Ausbildung gliedert sich in fachwissenschaftliche und fachpraktische Studienzeiten. Die fachwissenschaftlichen Studienzeiten werden an der Fachhochschule im Studiengang Strafvollzug abgeleistet, die fachpraktischen Studienzeiten bei Justizvollzugsanstalten.

(2) Die Ausbildung umfasst sechs Studienabschnitte. Reihenfolge und Dauer der Studienabschnitte werden wie folgt festgelegt:

- |                                       |           |
|---------------------------------------|-----------|
| 1. Praktische Einführung              | 1 Monat   |
| 2. Fachwissenschaftliches Studium I   | 8 Monate  |
| 3. Fachpraktisches Studium I          | 8 Monate  |
| 4. Fachwissenschaftliches Studium II  | 7 Monate  |
| 5. Fachpraktisches Studium II         | 9 Monate  |
| 6. Fachwissenschaftliches Studium III | 3 Monate. |

(3) Die fachwissenschaftlichen Studienzeiten werden durch die Studienordnung der Fachhochschule geregelt.

(4) Die fachpraktischen Studienzeiten werden durch Studienpläne für die fachpraktische Ausbildung und Studienpläne für die begleitenden Lehrveranstaltungen geregelt. Die Studienpläne erläutern Ausbildungsziel, Ausbildungsgegenstände und Ausbildungsmethoden. Der Leiter der Justizvollzugsausbildungsstätte erstellt die Studienpläne. Die Pläne bedürfen der Genehmigung des für den Justizvollzug zuständigen Ministeriums.

(5) Die Studienordnung und die Studienpläne für die fachpraktische Ausbildung und die begleitenden Lehrveranstaltungen sind aufeinander abzustimmen.

### § 8 Praktische Einführung (Erster Studienabschnitt)

(1) In der praktischen Einführung sollen die Studierenden einen Einblick in die Aufgaben der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes, in den inneren Aufbau und die Gesamtorganisation einer Justizvollzugsanstalt sowie in die Aufgaben der anderen in der Justizvollzugsanstalt tätigen Berufsgruppen, namentlich des allgemeinen Vollzugsdienstes, gewinnen.

(2) Die praktische Einführung kann durch geeignete Lehrveranstaltungen ergänzt werden.

(3) Das Nähere bestimmt der Ausbildungsplan für die praktische Einführung.

(4) Die praktische Einführung erfolgt grundsätzlich in der Justizvollzugsanstalt, die als ausbildungsleitende Anstalt bestimmt ist.

### § 9 Fachwissenschaftliches Studium (Zweiter, vierter und sechster Studienabschnitt)

(1) Das fachwissenschaftliche Studium soll den Studierenden im Rahmen des Ausbildungsziels (§ 2 Abs. 1) durch anwendungsbezogene Lehre die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden vermitteln, die zur Erfüllung der Aufgaben der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes erforderlich sind, und zwar

1. in den Fächern
  - Betriebswirtschaftslehre,
  - Haushaltsrecht,
  - Kriminologie,
  - Personalverwaltung,
  - Psychologie,
  - Staats- und Verwaltungsrecht,
  - Straf- und Strafprozessrecht,
  - Vollzugsrecht,
  - Vollzugsverwaltung,
  - Zivilrecht und
2. in den lehrfachübergreifenden Studienobjekten
  - Bildungsmaßnahmen für Gefangene,
  - jugendliche Straffällige,
  - nichtdeutsche/fremdethnische Gefangene,
  - Organisation,
  - Rechtsschutz,
  - Sicherheitsorganisation in Einrichtungen des Justizvollzugs,
  - Suchtmittelmissbrauch/-abhängigkeit,

Vollzugslockerungen, offener Vollzug und Urlaub aus der Haft,

Vollzugsplanung.

Das fachwissenschaftliche Studium soll ferner das soziale, wirtschaftliche und rechtspolitische Verständnis der Studierenden wecken, die berufsbezogene Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik vermitteln und den allgemeinen Bildungsstand der Studierenden fördern.

(2) Die Studienordnung konkretisiert die Inhalte des Studiums und die Form der Lehrveranstaltungen.

(3) Für die Lehrveranstaltungen sind insgesamt etwa 1830 Stunden vorzusehen; davon entfallen auf das fachwissenschaftliche Studium I etwa 855 Stunden, auf das fachwissenschaftliche Studium II etwa 750 Stunden und auf das fachwissenschaftliche Studium III etwa 225 Stunden. Lehrveranstaltungspausen, Feiertage und die Zeiten für die Anfertigung und die Besprechung von Aufsichtsarbeiten nach Absatz 5 Satz 1 sind auf diese Stundenzahlen nicht anzurechnen.

(4) Den Studierenden sollen Wahllehrveranstaltungen angeboten werden, die die Pflichtlehrveranstaltungen ergänzen und die in ihnen behandelten Themen vertiefen. Sie können fächerübergreifend ausgestaltet sein und auch solche Gebiete zum Gegenstand haben, die nicht von den Pflichtlehrveranstaltungen abgedeckt werden, soweit ihre Behandlung der späteren beruflichen Tätigkeit förderlich ist. Auch können sie andere wissenschaftliche Themen betreffen, soweit die Auseinandersetzung damit dem Verständnis gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenhänge dient und den allgemeinen Bildungsstand fördert.

(5) Die Studierenden fertigen nach Maßgabe der Studienordnung unter Aufsicht schriftliche Arbeiten (Aufsichtsarbeiten) an. Diese können sich auch auf den Umgang mit den in der Berufspraxis anzuwendenden informationstechnischen Programmen beziehen; in diesem Fall sind den Studierenden die erforderlichen technischen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Studienordnung kann weitere Nachweise individueller Leistungen vorsehen, insbesondere in Form schriftlicher häuslicher Arbeiten oder der Erarbeitung oder Vertiefung bestimmter fachlicher Themen nebst mündlichem Vortrag (Referate). Arbeiten nach den Sätzen 1 und 3 sind zu begutachten, zu bewerten und in der Regel unter Hinweis auf Vorzüge und Mängel in Form und Inhalt zu besprechen. Die Studienordnung kann vorsehen, dass auch Leistungen nach Satz 3 zu begutachten, zu bewerten und zu besprechen sind. Sie kann ferner andere Studienleistungen als solche nach den Sätzen 1 bis 3 sowie deren Begutachtung und Besprechung vorsehen.

#### § 10

##### Fachpraktisches Studium

##### (Dritter und fünfter Studienabschnitt)

(1) In diesen Studienabschnitten sollen die Studierenden befähigt werden, die im fachwissenschaftlichen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Praxis anzuwenden; sie sollen so gefördert werden, dass sie am Schluss der Ausbildung imstande sind, die Aufgaben des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes selbstständig zu erledigen.

(2) Das fachpraktische Studium I umfasst das Aufgabengebiet Verwaltung, insbesondere Versorgung, Haushalt/Rechnungswesen sowie Arbeitsverwaltung und Gebäudemanagement 105 Tage.

Das fachpraktische Studium II umfasst die Aufgabengebiete

1. einer Vollzugsabteilung, insbesondere Vollzugsplanung, Vollzugs- und Behandlungsmaßnahmen, Lockerungen und Urlaub, Disziplinarmaßnahmen und die Bearbeitung besonderer, sicherheitsrelevanter Vorkommnisse 85 Tage und
2. Personalverwaltung 52 Tage.

(3) Die Studierenden sollen während des fachpraktischen Studiums mit allen Arbeiten beschäftigt werden, die Gegenstand der Ausbildung nach Absatz 2 sind. Sie sollen verschiedene Vollzugsarten und Organisationsstrukturen kennen lernen. Hierbei sind angemessene Anteile im offenen Vollzug und in Anstalten oder Abteilungen von Untersuchungshaft vorzusehen. Die Ausbildung ist, soweit möglich, mit konkreten Anlässen der täglichen Aufgabenerledigung zu verbinden. Organisatorische und planerische Fragen sind in geeigneter Weise einzubeziehen. So frühzeitig und so weitgehend, wie nach der Befähigung und dem Ausbildungsstand möglich, sind den Studierenden Aufgaben zur selbstständigen Bearbeitung zu übertragen. Aufgaben, deren Wahrnehmung ausschließlich dazu bestimmt wäre, die Auszubildenden zu entlasten, dürfen den Studierenden nicht übertragen werden.

(4) Das Nähere bestimmen die Studienpläne für das fachpraktische Studium in Justizvollzugsanstalten.

(5) Der Leiter der Justizvollzugsausbildungsstätte kann Justizvollzugsinspektoranwärtern, deren Leistungsstand dies zulässt, nach Abschluss der in § 7 Abs. 2 vorgegebenen Studienabschnitte im Rahmen des Ausbildungsziels Dienstleistungsaufträge erteilen und Projektarbeiten aufgeben.

#### § 11

##### Praxisbegleitende Lehrveranstaltungen

(1) Das fachpraktische Studium wird durch begleitende Lehrveranstaltungen ergänzt, die der Wiederholung und Vertiefung der im fachwissenschaftlichen Studium erworbenen Kenntnisse dienen. Die Lehrveranstaltungen sollen den Studierenden ferner Gelegenheit geben, die im fachpraktischen Studium gewonnenen Erfahrungen kritisch zu verarbeiten.

(2) Die begleitenden Lehrveranstaltungen werden zentral an der Justizvollzugsausbildungsstätte durchgeführt. Einschließlich Aufsichtsarbeiten sind etwa 320 Lehrveranstaltungsstunden vorzusehen. Das Nähere bestimmen die Studienpläne. § 9 Abs. 5 Satz 4 gilt entsprechend.

(3) Die Lehrkräfte für die begleitenden Lehrveranstaltungen bestimmt der Leiter der Justizvollzugsausbildungsstätte im Einvernehmen mit dem für den Justizvollzug zuständigen Ministerium.

(4) Die Teilnahme der Studierenden an begleitenden Lehrveranstaltungen in anderen Bundesländern kann vorgesehen werden.

(5) Die Teilnahme an den begleitenden Lehrveranstaltungen geht jedem anderen Dienst vor.

## § 12

### Leitung der fachpraktischen Ausbildung, Praxisanleitung

(1) Das für den Justizvollzug zuständige Ministerium leitet das fachpraktische Studium und bestimmt die Justizvollzugsanstalten, bei denen die Studierenden ausgebildet werden. Der Leiter der Justizvollzugsausbildungsstätte regelt im Benehmen mit der Fachhochschule den Verlauf des fachpraktischen Studiums. Die fachhochschulrechtlichen Regelungen und die Verantwortlichkeit des Leiters der Fachhochschule für die fachwissenschaftlichen Studienzeiten bleiben unberührt.

(2) Für die praktische Einführung und für das fachpraktische Studium im Einzelnen ist die Anstaltsleitung der ausbildungsleitenden Justizvollzugsanstalt verantwortlich. Sie koordiniert den Studienverlauf für das fachpraktische Studium. Mit Zustimmung des für den Justizvollzug zuständigen Ministeriums kann die Koordinierung einem Beamten des höheren oder des gehobenen Dienstes übertragen werden.

(3) Die ausbildungsleitende Anstalt erstellt einen jeweils individuellen Studienverlaufsplan, in dem die Studieninhalte, der zeitliche Ablauf einschließlich der für die Erstellung von Beurteilungsbeiträgen (§ 13 Abs. 1) vorgesehenen Zeitpunkte und die mit der Ausbildung betrauten, dafür fachlich und persönlich geeigneten Anstaltsbediensteten (Praxisanleiter) bestimmt sind. Der Studienverlaufsplan ist dem Studierenden zu Beginn des fachpraktischen Studiums auszuhändigen; je ein Exemplar erhalten die Fachhochschule und der Leiter der Justizvollzugsausbildungsstätte.

(4) Die Praxisanleiter unterweisen die Studierenden nach Maßgabe des Studienplans für die fachpraktische Ausbildung am Arbeitsplatz und leiten sie an. Ihnen dürfen nicht mehr Studierende zugewiesen werden, als sie nach Art und Umfang ihrer Tätigkeit gründlich ausbilden können.

## § 13

### Beurteilungen

(1) Für das fachpraktische Studium I und das fachpraktische Studium II sind jeweils drei Beurteilungsbeiträge durch den Koordinator (§ 12 Abs. 2) nach Beratung mit den ausbildenden Bediensteten zu erstellen. In den Beurteilungsbeiträgen ist zu den fachlichen und allgemeinen Kenntnissen und Fähigkeiten, zum praktischen Geschick, zum Stand der Ausbildung und zum Gesamtbild der Persönlichkeit Stellung zu nehmen. Die Beurteilungsbeiträge sind mit dem Studierenden zu besprechen. Die ausbildungsleitende Justizvollzugsanstalt erstellt jeweils am Ende des fachpraktischen Studiums I und II eine Gesamtbeurteilung entsprechend Satz 2. Die Beurteilungen nach Sätzen 1 und 4 schließen mit einer der in § 14 Abs. 1 genannten Noten und Punktzahlen ab.

(2) Der Leiter der Fachhochschule beurteilt die Studierenden jeweils am Ende des fachwissenschaftlichen Studiums I, II und III. In die Beurteilung sind die aus den Aufsichtsarbeiten und sonstigen Leistungen (§ 9 Abs. 5) gebildeten Noten und Punktzahlen in den einzelnen Lehrveranstaltungen und die von den Lehrkräften nach Beratung festgesetzte Gesamtnote nebst Punktzahl aufzunehmen.

Absatz 1 Satz 2 und 5 gilt entsprechend. In welchem Verhältnis zueinander die Noten und Punktzahlen der einzelnen Lehrveranstaltungen in die rechnerische Ermittlung der Gesamtnote einfließen, bestimmt die Studienordnung. Die Bewertung der in den Aufsichtsarbeiten erbrachten Leistungen fließt mit wenigstens 70 v. H. in die Gesamtnote ein.

(3) Die Lehrkräfte bewerten die Leistungen der Studierenden in den begleitenden Lehrveranstaltungen jeweils am Ende des fachpraktischen Studiums I und II in einer gemeinschaftlichen Beurteilung, die vom Lehrgangsleiter auszustellen ist. Absatz 1 Satz 5 und Absatz 2 Satz 2 gelten entsprechend. In welchem Verhältnis zueinander die Noten und Punktzahlen der einzelnen begleitenden Lehrveranstaltungen in die rechnerische Ermittlung der Gesamtnote einfließen, bestimmen die Studienpläne für das fachpraktische Studium.

(4) Jede Beurteilung ist dem Studierenden zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die Beurteilungen sind, gegebenenfalls mit einer Gegenäußerung des Studierenden, zu den Personalakten zu nehmen.

## § 14

### Bewertung der Leistungen

(1) Die einzelnen Leistungen sind mit einer der folgenden Noten und Punktzahlen zu bewerten:

sehr gut	= 16 bis 18 Punkte	eine besonders hervorragende Leistung,
gut	= 13 bis 15 Punkte	eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
vollbefriedigend	= 10 bis 12 Punkte	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
befriedigend	= 7 bis 9 Punkte	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
ausreichend	= 4 bis 6 Punkte	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht,
mangelhaft	= 1 bis 3 Punkte	eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung,
ungenügend	= 0 Punkte	eine völlig unbrauchbare Leistung.

Zwischennoten und von vollen Zahlenwerten abweichende Punktzahlen dürfen nicht verwendet werden.

(2) Soweit Einzelbewertungen rechnerisch zusammengefasst werden, entsprechen den ermittelten Punkten folgende Notenbezeichnungen:

14,00 bis 18,00 Punkte	= sehr gut,
11,50 bis 13,99 Punkte	= gut,
9,00 bis 11,49 Punkte	= vollbefriedigend,
6,50 bis 8,99 Punkte	= befriedigend,
4,00 bis 6,49 Punkte	= ausreichend,
1,50 bis 3,99 Punkte	= mangelhaft,
0 bis 1,49 Punkte	= ungenügend.



## § 15

Unterbrechung und Verlängerung  
des Vorbereitungsdienstes

(1) Den Justizvollzugsinspektoranwärtern wird Urlaub nach den jeweils geltenden Bestimmungen gewährt. Während der fachwissenschaftlichen Studienzeit soll Erholungsurlaub nur erteilt werden, wenn dadurch keine Lehrveranstaltungen versäumt werden. Der Erholungsurlaub wird auf den Vorbereitungsdienst angerechnet.

(2) Andere Unterbrechungen, insbesondere Krankheitszeiten, werden in der Regel nicht auf die Ausbildungszeit angerechnet, soweit sie 20 Arbeitstage je Ausbildungsjahr überschreiten.

(3) Urlaubsmonat für das fachpraktische Studium I ist der Monat Juli, für das fachpraktische Studium II der Monat August. Um den Erfolg des fachpraktischen Studiums I und II nicht zu beeinträchtigen, sind, soweit erforderlich, Urlaub und Krankheitszeiten auf die in § 10 Abs. 2 aufgeführten Studienabschnitte anteilig anzurechnen.

## § 16

## Vorzeitige Entlassung

Justizvollzugsinspektoranwärter können nach Maßgabe des § 37 ThürBG entlassen werden, wenn sie aufgrund ihrer Leistungen oder ihres Verhaltens für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst nicht geeignet erscheinen oder wenn sie die an sie zu stellenden geistigen oder körperlichen Anforderungen nicht erfüllen.

**Vierter Abschnitt**  
**Prüfung**

## § 17

## Zweck der Prüfung, Prüfungsausschuss

(1) Die Laufbahnprüfung dient der Feststellung, ob der Studierende das Ausbildungsziel (§ 2 Abs. 1) erreicht hat und ihm damit nach fachlichen und allgemeinen Kenntnissen und Fähigkeiten, nach praktischem Geschick und nach dem Gesamtbild der Persönlichkeit die Befähigung zur Wahrnehmung der Aufgaben des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes zuerkannt werden kann.

(2) Die Prüfung wird vor dem Landesjustizprüfungsamt des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizprüfungsamt) abgelegt.

(3) Der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes leitet das Prüfungsverfahren. Er stellt die Aufgaben für die Aufsichtsarbeiten, die von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (§ 18 Abs. 1 Satz 1) vorgeschlagen werden. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses setzt er die Termine der schriftlichen und der mündlichen Prüfung sowie die Bearbeitungszeit für die Aufsichtsarbeiten fest, bezeichnet die zulässigen Hilfsmittel, bestimmt die Prüfer für die Aufsichtsarbeiten und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses und trifft alle Entscheidungen außerhalb der mündlichen Prüfung einschließlich der Entscheidungen nach dem Achten Abschnitt der Verwaltungsgerichtsordnung.

## § 18

## Bestellung der Prüfer

(1) Mit der Bestellung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie dessen Vertreter und der weiteren Prüfer für die Laufbahnprüfung durch das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gelten diese auch durch das Thüringer Justizministerium in gleicher Funktion widerruflich für die Dauer von drei Jahren als bestellt. Der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes kann zum Zwecke der Erprobung oder wegen vermehrten Geschäftsarfs Personen, die die Voraussetzungen des § 19 Abs. 1 erfüllen, vorübergehend ohne förmliche Bestellung heranziehen.

(2) Die Bestellung zum Prüfer erlischt - außer durch Zeitablauf oder Widerruf - mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt.

## § 19

## Prüfer

(1) Als Prüfer können bestellt werden:

1. Beamte des höheren Dienstes,
2. Beamte des gehobenen Dienstes,
3. Professoren, Dozenten oder Lehrbeauftragte der Fachhochschule - Fachbereich Strafvollzug.

(3) Die Prüfer wirken beim Entwerfen von Aufsichtsarbeiten, bei der Bewertung der Aufsichtsarbeiten und bei der Abnahme der mündlichen Prüfung mit. Sie sind in ihrer Prüfertätigkeit unabhängig.

## § 20

## Prüfungsverfahren

(1) Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die schriftliche Prüfung soll bereits während der vorgesehenen Dauer des Vorbereitungsdienstes abgenommen werden. Die mündliche Prüfung wird sobald wie möglich nach der schriftlichen Prüfung abgeschlossen.

(2) Die schriftliche Prüfung besteht aus Aufsichtsarbeiten. Diese können sich auch auf den Umgang mit den im Aufgabenfeld des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes anzuwendenden informationstechnischen Programmen beziehen; in diesem Fall sind den Prüflingen die zur Aufgabenbearbeitung erforderlichen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

(3) Die mündliche Prüfung besteht aus einem Prüfungsgespräch.

(4) Eine Woche vor der mündlichen Prüfung ist der Prüfling vom Dienst befreit.

## § 21

## Schriftliche Prüfung

(1) Der Prüfling fertigt an sieben Tagen jeweils eine Aufsichtsarbeit aus dem Bereich der Aufgaben des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes in folgenden Gebieten an:

1. Strafvollzugsrecht,
2. Weiteres Vollzugsrecht,
3. Kriminologie,
4. Arbeit und berufliche Bildung der Gefangenen,

5. Wirtschaftliche Versorgung der Justizvollzugsanstalten und der Gefangenen unter Einbeziehung des Haushaltsrechts und betriebswirtschaftlicher Grundsätze,
6. Vollzugsverwaltung,
7. Personalverwaltung.

(2) Für jede Aufsichtsarbeit kann eine Bearbeitungszeit bis zu fünf Stunden eingeräumt werden. Die jeweils zur Verfügung stehende Bearbeitungszeit ist in der Aufgabe zu vermerken. Behinderten Prüflingen kann die Bearbeitungszeit verlängert werden; die Dauer des Verlängerungszeitraums soll zwei Stunden nicht überschreiten.

(3) Die Aufsicht führt ein Beamter des gehobenen Dienstes. Der Prüfling hat die Arbeit spätestens bei Ablauf der Bearbeitungszeit an den Aufsichtsführenden abzugeben. Er versieht sie mit einer ihm zugeteilten Kennziffer; die Arbeiten dürfen keine sonstigen Hinweise auf die Person des Prüflings enthalten. Der Aufsichtsführende fertigt eine Niederschrift an und vermerkt in ihr jede Unregelmäßigkeit. Er verzeichnet auf jeder Arbeit den Zeitpunkt des Beginns und der Abgabe.

(4) Bei Störungen des ordnungsgemäßen Ablaufs des Termins zur Anfertigung einer Aufsichtsarbeit kann der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes die zum Ausgleich etwaiger Beeinträchtigungen notwendigen Maßnahmen treffen. Er kann insbesondere die Bearbeitungszeit verlängern oder für einzelne oder alle Prüflinge die erneute Anfertigung der Aufsichtsarbeit anordnen oder ermöglichen. Die Berufung auf die Störung ist ausgeschlossen, wenn seit ihrem Eintritt mehr als ein Monat verstrichen ist.

## § 22

### Bewertung der Aufsichtsarbeiten

(1) Jede Aufsichtsarbeit wird von zwei Prüfern selbstständig begutachtet und bewertet. Ein Prüfer soll Professor, Dozent oder Lehrbeauftragter der Fachhochschule sein.

(2) Bei abweichender Bewertung einer Aufsichtsarbeit erfolgt eine Beratung der beiden Prüfer. Können sie sich nicht einigen, werden Note und Punktzahl endgültig im Rahmen ihrer Bewertung von einem dritten Prüfer festgelegt, der jeweils von dem Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes bestimmt wird.

(3) Die Bewertung findet vor der mündlichen Prüfung statt und ist für das weitere Prüfungsverfahren bindend.

(4) Mitteilungen über die Person des Prüflings dürfen den Prüfern, Mitteilungen über deren Person dürfen dem Prüfling erst nach Bewertung der Aufsichtsarbeiten gemacht werden. Kenntnisse über die Person des Prüflings, die ein Prüfer vorher durch die Tätigkeit bei der verwaltungsmäßigen Durchführung des Prüfungsverfahrens oder als Mitglied eines Prüfungsausschusses erlangt, stehen der Mitwirkung nicht entgegen.

(5) Dem Prüfling wird die Bewertung der Aufsichtsarbeiten schriftlich mitgeteilt, sobald Noten und Punktwerte endgültig festgelegt sind, spätestens jedoch zwei Wochen vor der mündlichen Prüfung. Die Frist für die Mitteilung der Bewertung wird durch Aufgabe zur Post gewahrt; maßgebend ist das Datum des Poststempels.

## § 23

### Prüfungsnoten

Für die Bewertung der Prüfungsleistungen gilt § 14.

## § 24

### Schlussentscheidung ohne mündliche Prüfung

(1) Die Prüfung ist durch den Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes für nicht bestanden zu erklären, sobald

1. vier oder mehr Aufsichtsarbeiten mit "mangelhaft" oder "ungenügend" bewertet worden sind,
2. ein Prüfling ohne genügende Entschuldigung drei oder mehr Aufsichtsarbeiten nicht oder nicht rechtzeitig abliefern,
3. ein Prüfling ohne genügende Entschuldigung zu dem Termin für die mündliche Prüfung nicht oder nicht rechtzeitig erscheint oder den Termin nicht bis zum Ende der Prüfung wahrnimmt oder
4. ein Prüfling ohne Genehmigung des Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes von der Prüfung zurücktritt.

(2) Die Prüfung ist durch den Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes für nicht unternommen zu erklären, sobald ein Prüfling mit seiner Genehmigung von der Prüfung zurücktritt. Die Genehmigung darf nur aus wichtigem Grund erteilt werden, insbesondere wenn der Prüfling durch Krankheit an der Ablegung der Prüfung verhindert ist.

(3) Die Entscheidung ist dem Prüfling mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen. Im Falle des Absatzes 1 Nr. 1 ist sie mit der Mitteilung über die Bewertung der schriftlichen Arbeiten sowie mit dem Hinweis zu verbinden, dass die Bestimmung der Zeitdauer der ergänzenden Ausbildung durch das für den Justizvollzug zuständige Ministerium erfolgen wird (§ 31 Abs. 2). Im Falle des Absatzes 2 regelt der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes die weitere Ausbildung; § 10 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.

## § 25

### Zwischenentscheidung ohne mündliche Prüfung

(1) Liefert ein Prüfling bis zu zwei Aufsichtsarbeiten ohne genügende Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig ab, so sind diese durch den Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes für "ungenügend" zu erklären. Die Entscheidung bleibt für das weitere Prüfungsverfahren wirksam. Sie ist dem Prüfling mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

(2) Liefert ein Prüfling mindestens eine Aufsichtsarbeit mit genügender Entschuldigung nicht ab, so hat er alle Aufsichtsarbeiten neu anzufertigen. Kann das Prüfungsverfahren nicht unverzüglich fortgesetzt werden, so regelt der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes die weitere Ausbildung; § 10 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.

(3) Entschuldigungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie unverzüglich gegenüber dem Landesjustizprüfungsamt geltend gemacht werden. Von einem Prüfling, der sich mit Krankheit entschuldigt, kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangt werden.

## § 26 Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung wird vor einem Prüfungsausschuss abgelegt, der aus vier Prüfern einschließlich des Vorsitzenden besteht. Der Vorsitzende und ein weiterer Prüfer müssen dem höheren Dienst angehören; der Vorsitzende muss die Befähigung zum Richteramt besitzen. Die übrigen Mitglieder müssen die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes besitzen. Ein Prüfer soll Professor, Dozent oder Lehrbeauftragter der Fachhochschule sein.

(2) Zu einer mündlichen Prüfung sollen nicht mehr als sechs Prüflinge geladen werden.

(3) Vor der mündlichen Prüfung soll der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit jedem Prüfling einzeln ein Gespräch führen, um ein Bild von dessen Persönlichkeit zu gewinnen.

(4) Vor Beginn der mündlichen Prüfung findet eine Vorberatung des Ausschusses statt, zu der sämtliche Prüfungsunterlagen vorliegen. Dabei berichtet der Vorsitzende über das Vorgespräch (Absatz 3).

(5) Die Gesamtdauer der mündlichen Prüfung beträgt je erschienenem Prüfling ausschließlich der Pausen etwa 40 Minuten. Die Prüfung ist durch eine angemessene Pause zu unterbrechen.

(6) Die mündliche Prüfung ist eine Verständnisprüfung. Sie erstreckt sich auf die Gegenstände des fachwissenschaftlichen Studiums (§ 9 Abs. 1) und des fachpraktischen Studiums (§ 10 Abs. 2).

(7) An der mündlichen Prüfung beteiligen sich alle Prüfer. Sie wird in vier Teilen von jeweils einem Prüfer abgenommen.

(8) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses leitet die mündliche Prüfung. Er hat darauf zu achten, dass die Prüflinge in geeigneter Weise befragt werden. Ihm obliegt die Aufrechterhaltung der Ordnung.

(9) Der Vorsitzende kann Studierenden, die das fachwissenschaftliche Studium I beendet haben, sowie mit der Ausbildung oder Prüfung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes befassten Personen gestatten, der mündlichen Prüfung zuzuhören. Die Verkündung der Entscheidung findet unter Ausschluss der Zuhörenden statt, wenn mindestens ein Prüfling dies wünscht.

## § 27 Schlussentscheidung nach mündlicher Prüfung

(1) Nach Beendigung der mündlichen Prüfung bewertet der Prüfungsausschuss die darin erbrachte Leistung und setzt eine Note nebst Punktzahl fest. Anschließend entscheidet er unter Ermittlung des Punktwertes für die Gesamtnote über das Ergebnis der Prüfung. Der Prüfungsausschuss beschließt mit Stimmenmehrheit. Eine Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(2) Entsprechen die Leistungen des Prüflings insgesamt den Anforderungen, so ist die Prüfung für bestanden zu erklären, und zwar als "ausreichend", "befriedigend", "vollbefriedigend",

"gut" oder "sehr gut". Entsprechen die Leistungen nicht den Anforderungen, ist die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

(3) Die Leistungen des Prüflings entsprechen in der Gesamtbewertung (Gesamtnote) den Anforderungen, wenn der Punktwert 4,00 Punkte nicht unterschreitet.

(4) Die Punktwerte für die Gesamtnote und für die einzelnen Prüfungsabschnitte sind rechnerisch zu ermitteln. Es sind die Aufsichtsarbeiten mit einem Anteil von insgesamt 70 v. H. und die Leistung in der mündlichen Prüfung mit einem Anteil von insgesamt 30 v. H. zu berücksichtigen. Der Punktwert für die Gesamtnote wird errechnet, indem die Punktzahl der Bewertung jeder Aufsichtsarbeit mit 10 und die der Leistung in der mündlichen Prüfung mit 30 vervielfältigt und sodann die Summe durch 100 geteilt wird. Alle Punktwerte sind bis auf zwei Dezimalstellen ohne Auf- oder Abrundung rechnerisch zu ermitteln.

(5) Der Prüfungsausschuss kann bei der Entscheidung über das Ergebnis der Prüfung von dem rechnerisch ermittelten Wert für die Gesamtnote um bis zu einen Punkt abweichen, wenn dies aufgrund des Gesamteindrucks den Leistungsstand des Prüflings besser kennzeichnet und die Abweichung auf das Bestehen keinen Einfluss hat; hierbei sind auch die Leistungen im Vorbereitungsdienst zu berücksichtigen.

(6) Fehler bei der Notenbezeichnung für die Gesamtnote und bei der Errechnung des Punktwertes können von Amts wegen durch das Landesjustizprüfungsamt berichtigt werden. Die Berichtigung der Punktwerte und eine dadurch bewirkte Änderung in der Notenbezeichnung sind auf der Prüfungsniederschrift zu vermerken. Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges zu ersetzen.

(7) Die Schlussentscheidung ist durch den Vorsitzenden zu verkünden.

(8) Der Prüfling darf seine Prüfungsakten einsehen. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Prüfungsentscheidung zu stellen. Die Gründe für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind dem Prüfling auf Antrag durch ein Mitglied des Prüfungsausschusses mündlich mitzuteilen. Dabei ist ihm Einsicht in seine Prüfungsarbeiten und in die Gutachten der Prüfer zu geben. Erklärt der Prüfling in seinem Antrag nur, dass er Einsicht in seine Prüfungsarbeiten und in die Gutachten der Prüfer wünsche, ist ihm diese in den Räumen des Landesjustizprüfungsamtes zu gewähren.

## § 28 Niederschrift über die mündliche Prüfung

(1) Über die mündliche Prüfung ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der festgestellt werden:

1. Ort und Tag der Prüfung,
2. die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses,
3. die Namen und die Anwesenheit der Prüflinge,
4. die Bewertung der Aufsichtsarbeiten,
5. die Prüfungsfächer, die Gegenstand der mündlichen Prüfung waren, und die Bewertung der Leistungen in der mündlichen Prüfung,
6. die errechneten Punktwerte für die Gesamtnote,
7. eine Änderung des Punktwertes für die Gesamtnote und die dafür maßgeblichen Gründe,

8. die Entscheidung des Prüfungsausschusses über das Ergebnis der Prüfung,
9. alle sonstigen Entscheidungen des Prüfungsausschusses, insbesondere Entscheidungen nach § 30 Abs. 3 Halbsatz 1 und § 31 Abs. 2 Satz 1 1. Alternative und
10. die Verkündung der Entscheidungen des Prüfungsausschusses.

(2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.

#### § 29

##### Prüfungszeugnis

Wer die Prüfung bestanden hat, erhält über das Ergebnis ein Zeugnis des Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes, aus dem die Gesamtnote mit Notenbezeichnung und Punktwert ersichtlich ist. Auf Antrag wird dem Prüfling von dem Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes zusätzlich die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen bescheinigt. Eine Erteilung des Zeugnisses in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

#### § 30

##### Ordnungswidriges Verhalten im Prüfungsverfahren

(1) Als Folgen eines ordnungswidrigen Verhaltens, namentlich eines Täuschungsversuchs, des Besitzes oder der Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, können ausgesprochen werden:

1. dem Prüfling kann die Wiederholung einzelner oder mehrerer Prüfungsleistungen aufgegeben werden,
2. Prüfungsleistungen, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, können für "ungenügend" (0 Punkte) erklärt werden,
3. die Prüfung kann für nicht bestanden erklärt und in besonders schweren Fällen der Prüfling von einer Wiederholungsprüfung ausgeschlossen werden.

Die Entscheidung bleibt für das weitere Prüfungsverfahren wirksam. Sie ist dem Prüfling mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

(2) Auch nach Aushändigung des Zeugnisses über das Bestehen der Prüfung kann diese für nicht bestanden erklärt werden, jedoch nur innerhalb einer Frist von fünf Jahren seit dem Tag der mündlichen Prüfung.

(3) Über die Folgen eines in der mündlichen Prüfung festgestellten ordnungswidrigen Verhaltens entscheidet der Prüfungsausschuss; im Übrigen entscheidet der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes.

#### § 31

##### Wiederholung der Prüfung

(1) Ist die Prüfung für nicht bestanden erklärt worden, so darf der Prüfling sie einmal wiederholen. Die Prüfung ist vollständig zu wiederholen; einzelne Prüfungsleistungen können nicht erlassen werden.

(2) Im Falle des § 27 Abs. 2 Satz 2 bestimmt der Prüfungsausschuss, im Falle des § 24 Abs. 1 das für den Justizvollzug zuständige Ministerium die Zeitdauer der ergänzenden Ausbildung. Die Dauer soll mindestens sechs und höchstens zwölf Monate betragen.

(3) Die weitere Gestaltung der Ergänzungsausbildung bestimmt das für den Justizvollzug zuständige Ministerium.

(4) Unbeschadet anderer Bestimmungen enden der Vorbereitungsdienst und das Beamtenverhältnis auf Widerruf mit der Verkündung der Entscheidung über das endgültige Nichtbestehen. Wird die Entscheidung nicht durch den Prüfungsausschuss getroffen, ist der Zeitpunkt der schriftlichen Bekanntgabe an den Prüfling maßgebend.

#### § 32

##### Entscheidungen über Prüfungsleistungen

Entscheidungen, die eine Beurteilung der Prüfungsleistungen enthalten, können nicht abgeändert werden.

#### § 33

##### Zuerkennung der Befähigung für den mittleren allgemeinen Vollzugsdienst

Einem Prüfling, der die Prüfung nicht oder endgültig nicht besteht, kann die Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes bei Justizvollzugsanstalten des Landes zuerkannt werden, wenn die nachgewiesenen Kenntnisse ausreichen. Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss.

#### § 34

##### Aufbewahrungsfristen

Die Aufsichtsarbeiten einschließlich der Gutachten der Prüfer sind fünf Jahre, die übrigen Prüfungsunterlagen sind fünfzig Jahre aufzubewahren. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Prüfling erfolgt. Im Fall einer Wiederholungsprüfung ist für den Fristbeginn der Tag der Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Prüfung maßgebend.

### **Fünfter Abschnitt Aufstiegsbeamte**

#### § 35

##### Aufstiegsbeamte

(1) Beamte des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes bei Justizvollzugsanstalten, die sich mindestens im ersten Beförderungsdienst befinden, können zum Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes zugelassen werden, wenn ihre Eignung, Befähigung und fachliche Leistung dies rechtfertigt. Über die Zulassung entscheidet das für den Justizvollzug zuständige Ministerium.

(2) Für Aufstiegsbeamte gemäß Absatz 1 findet diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entsprechende Anwendung:

1. Der Beamte wird in die Aufgaben der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten eingeführt. An die Stelle des Vorbereitungsdienstes tritt eine Einführungszeit von gleicher Dauer.
2. Erfüllt der Beamte die Zulassungsvoraussetzung des § 3 Abs. 1 Nr. 3 nicht, wird er der Fachhochschule für Rechtspflege als Studierender mit besonderer Zulassungsvoraussetzung zugewiesen.

3. Der Beamte, der für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes nicht geeignet erscheint oder die Prüfung für diese Laufbahn auch nach Wiederholung nicht besteht, übernimmt wieder eine Tätigkeit der bisherigen Laufbahn.

(3) Erholungsurlaub soll dem Aufstiegsbeamten anteilig während der praktischen Einführungszeit gewährt werden.

#### **Sechster Abschnitt Regelung für behinderte Menschen**

##### **§ 36**

##### **Regelung für behinderte Menschen**

Behinderten Menschen sind, unabhängig von der Zuerkennung einer Schwerbehinderung im Sinne des Neunten Buchs Sozialgesetzbuch, bei der Erbringung von Leistungen nach § 9 Abs. 5 und § 11 Abs. 2 Satz 2 sowie für die Teilnahme an der Laufbahnprüfung die ihrer Behinderung angemessenen Erleichterungen zu gewähren. Art und Umfang der Erleichterungen sind mit dem behinderten Menschen zu erörtern. Die Erleichterungen dürfen nicht zu einer qualitativen Herabsetzung der Anforderungen führen. Bei schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen im Sinne von Teil 2 des Neunten Buchs Sozialgesetzbuch ist die zuständige Schwerbehindertenvertretung rechtzeitig zu informieren und anzuhören. § 21 Abs. 2 Satz 3 bleibt unberührt.

#### **Siebenter Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmungen**

##### **§ 37**

##### **Übergangsbestimmung**

(1) Justizvollzugsinspektoranwärter, deren Ausbildung vor dem 1. August 2006 begonnen hat, setzen den Vorbereitungsdienst

nach den bisher geltenden Vorschriften fort und legen die Laufbahnprüfung nach den bisher geltenden Vorschriften ab. Jedoch gelten § 21 Abs. 2 Satz 3 und § 36 dieser Verordnung auch für diesen Personenkreis.

(2) Für die in Absatz 1 genannten Justizvollzugsinspektoranwärter kann auf deren schriftlichen Antrag diese Verordnung Anwendung finden.

(3) Bei Wiederholungsprüfungen ist das beim ersten Prüfungsversuch geltende Recht anzuwenden; dies gilt auf Antrag auch dann, wenn die Prüfung als nicht unternommen gilt.

##### **§ 38**

##### **Gleichstellungsbestimmung**

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

##### **§ 39**

##### **In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2006 in Kraft und mit Ablauf des 31. Juli 2011 außer Kraft.

(2) Gleichzeitig mit dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung tritt die Thüringer Verordnung über die Zulassung, Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten vom 11. Mai 1992 (GVBl. S. 170) außer Kraft.

Erfurt, den 9. Mai 2006

Der Justizminister

Harald Schliemann

**Verordnung**  
**zur Festsetzung von natürlichen Lebensräumen und Arten von gemeinschaftlichem Interesse nach § 26 Abs. 3a**  
**des Thüringer Gesetzes für Natur und Landschaft**  
**(Thüringer Natura-2000-Erhaltungsziele-Verordnung -ThürNEzVO-)**  
**Vom 26. Juni 2006**

Aufgrund des § 26 Abs. 3a Satz 3 des Thüringer Gesetzes für Natur und Landschaft (ThürNatG) in der Fassung vom 29. April 1999 (GVBl. S. 298), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2006 (GVBl. S. 161), verordnet das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

§ 1

Schutzgebiete nach § 26 Abs. 1 ThürNatG mit natürlichen Lebensräumen und Arten von gemeinschaftlichem Interesse nach den Anhängen I und II der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7) in der jeweils geltenden Fassung, für die es nach § 26 Abs. 3a Satz 2 ThürNatG Schutzziel ist, einen günstigen Erhaltungszustand zu sichern, sind:

1. das Naturschutzgebiet **Bohlen**, festgesetzt durch Verordnung vom 22. Juni 1938 (Amts- und Nachrichtenblatt für Thüringen Teil I S. 259), geändert durch Verordnung vom 23. Dezember 1941 (Amts- und Nachrichtenblatt für Thüringen Teil I S. 2):  
 Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Silikatfelsen mit Pioniervegetation des Sedo-Scleranthion oder des Sedo albi-Veronicion dillenii, Silikatfelsen mit Felsspaltenvegetation  
 Arten: Spanische Flagge (prioritäre Art), Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase;
2. das Naturschutzgebiet **Hasenwinkel**, festgesetzt durch Verordnung vom 15. Juli 1939 (Amtsblatt der Preußischen Regierung zu Erfurt, Ausgabe B, S. 76):  
 Lebensräume: lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen (prioritärer Lebensraum), Formationen von Juniperus communis auf Kalkheiden und -rasen, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Kalkfelsen mit Felsspaltenvegetation  
 Arten: Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr, Kleine Hufeisennase;
3. das Naturschutzgebiet **Spatenberge**, festgesetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 1939 (Amtsblatt Merseburg), geändert durch Beschluss des Bezirkstags Halle 34-8/83:  
 Lebensräume: lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen, subpannonische Steppen-Trockenrasen (prioritäre Lebensräume)  
 Art: Großes Mausohr;
4. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Anordnung Nummer 1 über Naturschutzgebiete vom 30. März 1961 (GBI. II Nr. 27 S. 166), geändert durch Anordnung Nummer 3 vom 11. September 1967 (GBI. II Nr. 95 S. 697) - betreffend "Hohe Klinge - Dorngehege" -, durch Beschluss des Bezirkstags Suhl 45/7/82 vom 17. Dezember 1982 (betreffend "Wurzelbergfarmde"), durch Beschluss des Bezirkstags Gera 124-20/81 vom 25. März 1981 (betreffend "Schwarzatal"), durch Beschluss des Bezirkstags Gera 110-14/89 vom 20. September 1989 (betreffend "An den Zie-

genböcken"), durch Beschluss des Bezirkstags Leipzig von 1982 (betreffend "Leinawald"):

**Gräfenthal**

Lebensräume: Auenwälder mit Alnus glutinosa und Fraxinus excelsior, Schlucht- und Hangmischwälder (prioritäre Lebensräume), Hainsimsen-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Arten: Westgroppe, Großes Mausohr;

**Wöbelsburg**

Lebensräume: lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen, Schlucht- und Hangmischwälder, kalkhaltige Schutthalden der collinen bis montanen Stufe Mitteleuropas (prioritäre Lebensräume), Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

**Lengenberg**

Lebensräume: Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald;

**Keulaer Wald**

Lebensräume: Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

**Hotzenberg**

Lebensräume: Auenwälder mit Alnus glutinosa und Fraxinus excelsior (prioritärer Lebensraum), Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des Magnopotamions oder Hydrocharitions

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

**Finnberg**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen), Schlucht- und Hangmischwälder (prioritäre Lebensräume), naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald

Arten: Frauenschuh, Hirschkäfer, Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

**Sonder**

Lebensräume: Auenwälder mit Alnus glutinosa und Fraxinus excelsior, Moorwälder (prioritäre Lebensräume), Übergangs- und Schwingrasen-Moore, Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Art: Kammmolch;

**Großer Horn**

Lebensräume: Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald;

**Großenbehlinger Holz**

Lebensräume: Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald;

**Lienig**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), Waldmeister-Buchenwald

Art: Großes Mausohr;

**Probsteizella**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Kalkfelsen mit Felsspaltenvegetation

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase;

**Wartburg-Hohe Sonne**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Hainsimsen-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald, Silikatifelsen mit Felsspaltenvegetation, Silikatifelsen mit Pionierv egetation des Sedo-Scleranthion oder des Sedo albi-Veronicion dillenii, natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des Magnopotamions oder Hydrocharitions, Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des Ranunculion fluitantis und des Callitriche-Batrachion, feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen Stufe

Arten: Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr, Kammolch;

**Saukopfmoor**

Lebensräume: lebende Hochmoore, Moorwälder, artenreiche montane Borstgrasrasen (und submontan auf dem europäischen Festland) auf Silikatböden (prioritäre Lebensräume), noch renaturierungsfähige degradierte Hochmoore, dystrophe Seen und Teiche, Berg-Mähwiesen

Arten: Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr;

**Hirschgrund**

Lebensräume: Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Art: Großes Mausohr;

**Schwansee**

Lebensräume: Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritärer Lebensraum)

Art: Mopsfledermaus;

**Aspenbusch**

Lebensräume: Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Art: Bechsteinfledermaus;

**Rautenschlag**

Lebensräume: Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Art: Großes Mausohr;

**Prinzenschneise**

Lebensräume: Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, subatlantischer oder mitteleuropäischer Stieleichenwald oder Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Art: Großes Mausohr;

**Gottesholz**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen) - prioritärer Lebensraum -, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase, Frauenschuh;

**Große Luppe**

Lebensräume: Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase, Frauenschuh;

**Wartenberg**

Lebensräume: Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Arten: Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

**Veronikaberg**

Lebensräume: Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien

Art: Großes Mausohr;

**Hohe Lehde**

Lebensräume: lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen (prioritärer Lebensraum), Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien

Arten: Eremit (prioritäre Art), Frauenschuh, Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

**Großer Gleisberg**

Lebensräume: lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen, kalkhaltige Schutthalden der collinen bis montanen Stufe Mitteleuropas, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen) - prioritäre Lebensräume -, Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien

Arten: Großes Mausohr, Kleine Hufeisennase, Mopsfledermaus, Frauenschuh;

**Leutatal**

Lebensräume: lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen), Schlucht- und Hangmischwälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase, Frauenschuh;

**Waldecker Schloßgrund**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Hainsimsen-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Art: Großes Mausohr;

**Eichberg und Talgrube**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen), lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen, kalkhaltige Schutthalden der collinen bis montanen Stufe Mitteleuropas (prioritäre Lebensräume), naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Arten: Frauenschuh, Großes Mausohr;

**Dissau und Steinberg**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen), lückige basophile oder Kalk-Pionierrasen, kalkhaltige Schutthalden der collinen bis montanen

Stufe Mitteleuropas, Schlucht- und Hangmischwälder (prioritäre Lebensräume), naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Kalkfelsen mit Felsspaltvegetation, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Arten: Frauenschuh, Hirschkäfer, Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase;

#### **Greifenstein**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkenswerten Orchideen), Schlucht- und Hangmischwälder (prioritäre Lebensräume), mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Waldmeister-Buchenwald

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus, Kleine Hufeisennase;

#### **Buchenberg**

Lebensräume: Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritärer Lebensraum), Hainsimsen-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Art: Bechsteinfledermaus;

#### **Kulm**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), Waldmeister-Buchenwald;

#### **Großer Inselsberg**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), Hainsimsen-Buchenwald, kieselhaltige Schutthalden der Berglagen Mitteleuropas, Silikatfelsen mit Felsspaltvegetation, Silikatfelsen mit Pionierv egetation des *Sedo-Scleranthion* oder des *Sedo albi-Veronicion dillenii*;

#### **Hohe Klinge–Dorngehege**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald, Hainsimsen-Buchenwald, Berg-Mähwiesen

Arten: Mopsfledermaus, Großes Mausohr, Kleine Hufeisennase, Bechsteinfledermaus;

#### **Wurzelbergfarmde**

Lebensräume: Hainsimsen-Buchenwald, montane bis alpine bodensaure Fichtenwälder;

#### **An den Ziegenböcken**

Lebensräume: Moorwälder (prioritärer Lebensraum), Übergangs- und Schwingrasen-Moore, dystrophe Seen und Teiche, Hainsimsen-Buchenwald;

#### **Schwarzatal**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des *Ranunculon fluitantis* und des *Callitricho-Batrachion*, feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe, Silikatfelsen mit Felsspaltvegetation, Silikatfelsen mit Pionierv egetation des *Sedo-Scleranthion* oder des *Sedo albi-Veronicion dillenii*, kieselhaltige Schutthalden der Berglagen Mitteleuropas, trockene europäische Heiden, nicht touristisch erschlossene Höhlen, Hainsimsen-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Arten: Spanische Flagge (prioritäre Art), Bachneunauge, Westgroppe, Mopsfledermaus, Großes Mausohr, Kleine Hufeisennase, Gelbbauchunke;

#### **Leinawald**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre

Lebensräume), Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, subatlantischer oder mitteleuropäischer Stieleichenwald oder Eichen-Hainbuchenwald, natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des *Magnopotamions* oder *Hydrocharitions*

Arten: Mopsfledermaus, Großes Mausohr;

#### **Dolinenhänge**

Lebensraum: Hainsimsen-Buchenwald;

#### **Bodenstein**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritärer Lebensraum), Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien

Art: Kammolch;

#### **Löschleite**

Lebensräume: Hainsimsen-Buchenwald, montane bis alpine bodensaure Fichtenwälder;

#### **Fasanerieholz**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald

Arten: Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

5. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Anordnung Nummer 3 über Naturschutzgebiete vom 11. September 1967 (GBl. II Nr. 95 S. 697), geändert durch Beschluss des Bezirkstags Suhl Nr. 45/7/82 vom 17. Dezember 1982 (betreffend "Still"):

#### **Vordere Schwarzbachwiese**

Lebensräume: artenreiche montane Borstgrasrasen (und submontan auf dem europäischen Festland) auf Silikatböden (prioritärer Lebensraum), Berg-Mähwiesen;

#### **Siebleber Teich**

Lebensräume: Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritärer Lebensraum), oligo- bis mesotrophe kalkhaltige Gewässer mit benthischer Vegetation aus *Armleuchteralgen*

Arten: Kammolch, Großes Mausohr;

#### **Alperstedter Ried**

Lebensräume: kalkreiche Sümpfe mit *Cladium mariscus* und Arten des *Caricion davallianae*, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Pfeifengraswiesen auf kalkreichem Boden, torfigen und tonig-schluffigen Böden, feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe, Brenndolden-Auenwiesen, kalkreiche Niedermoore, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, magere Flachland-Mähwiesen

Arten: Sumpf-Engelwurz, Helm-Azurjungfer, Schmale Windelschnecke;

#### **Breitung Seen**

Lebensräume: natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des *Magnopotamions* oder *Hydrocharitions*, magere Flachland-Mähwiesen, feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe

Art: Mopsfledermaus;

#### **Schützenbergmoor**

Lebensräume: Moorwälder (prioritärer Lebensraum), noch renaturisierungsfähige degradierte Hochmoore, dystrophe Seen und Teiche

Arten: Großes Mausohr, Bechsteinfledermaus;

#### **Rainwegswiese**

Lebensräume: artenreiche montane Borstgrasrasen (und submontan auf dem europäischen Festland) auf Silikatböden (prioritärer Lebensraum), feuchte Hochstaudenfluren



der planaren und montanen bis alpinen Stufe, Bergmä-  
wiesen, montane bis alpine bodensaure Fichtenwälder  
Art: Großes Mausohr;

#### **Spitzberg**

Lebensräume: mitteleuropäischer Orchideen-Kalk-Buchen-  
wald, Waldmeister-Buchenwald

Arten: Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr, Mopsfleder-  
maus;

#### **Kleiner Gleichberg**

Lebensräume: kalkhaltige Schutthalden der collinen bis  
montanen Stufe Mitteleuropas, Schlucht- und Hangmisch-  
wälder, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Waldmeister-Buchenwald,  
Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, feuchte Hochstauden-  
fluren der planaren bis montanen Stufe

Arten: Grünes Besenmoos, Hirschkäfer, Bechsteinfleder-  
maus, Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

#### **Weißenberg**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren  
Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkens-  
werten Orchideen), lückige basophile oder Kalk-Pionier-  
rasen, Schlucht- und Hangmischwälder (prioritäre Lebens-  
räume)

Arten: Frauenschuh, Großes Mausohr, Kleine Hufeisenna-  
se;

#### **Still**

Lebensräume: Waldmeister-Buchenwald, mitteleuropäi-  
scher Orchideen-Kalk-Buchenwald, naturnahe Kalk-Tro-  
ckenrasen und deren Verbuschungsstadien

Arten: Frauenschuh, Bechsteinfledermaus, Großes Maus-  
ohr, Mopsfledermaus;

#### **Ganswiese**

Lebensräume: artenreiche montane Borstgrasrasen (und  
submontan auf dem europäischen Festland) auf Silikatbö-  
den (prioritärer Lebensraum), feuchte Hochstaudenfluren  
der planaren bis montanen Stufe, Berg-Mähwiesen, Über-  
gangs- und Schwingrasen-Moore

Art: Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling;

#### **Große Hirschbalzwiese**

Lebensräume: artenreiche montane Borstgrasrasen (und  
submontan auf dem europäischen Festland) auf Silikatbö-  
den, Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (prioritäre Lebensräume), Berg-Mähwiesen;

#### **Lödläer Bruch**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritä-  
rer Lebensraum), magere Flachland-Mähwiesen;

6. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Beschluss des Be-  
zirkstags Gera 124-20/81 vom 25. März 1981:

#### **Heinrichstein**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritä-  
rer Lebensraum), Silikatfelsen mit Felsspaltenvegetation,  
Silikatfelsen mit Pioniervegetation des *Sedo-Scleranthion*  
oder des *Sedo albi-Veronicion dillenii*, Waldmeister-Bu-  
chenwald

Arten: Spanische Flagge (prioritäre Art), Bechsteinfleder-  
maus, Großes Mausohr, Mopsfledermaus;

#### **Alpensteig**

Arten: Spanische Flagge (prioritäre Art), Bechsteinfleder-  
maus, Großes Mausohr;

#### **Bleiberg**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritä-  
rer Lebensraum), Silikatfelsen mit Pioniervegetation des  
*Sedo-Scleranthion* oder des *Sedo albi-Veronicion dillenii*,  
kieselhaltige Schutthalden der Berglagen Mitteleuropas,

Waldmeister-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchen-  
wald

Arten: Spanische Flagge (prioritäre Art), *Mannia triandra*,  
Großes Mausohr;

#### **Reinstädter Berg**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren  
Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkens-  
werten Orchideen), lückige basophile oder Kalk-Pionier-  
rasen (prioritäre Lebensräume), mitteleuropäischer Orchi-  
deen-Kalk-Buchenwald

Arten: Frauenschuh, Kleine Hufeisennase, Großes Maus-  
ohr;

7. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Beschluss des Be-  
zirkstags Suhl 45/7/82 vom 17. Dezember 1982:

#### **Arnstein**

Lebensräume: kalkhaltige Schutthalden der collinen bis  
montanen Stufe Mitteleuropas, Schlucht- und Hangmisch-  
wälder (prioritäre Lebensräume), mitteleuropäischer Orchi-  
deen-Kalk-Buchenwald, Labkraut-Eichen-Hainbuchen-  
wald, naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbu-  
schungsstadien, Kalkfelsen mit Felsspaltenvegetation, na-  
türliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des *Magnopo-*  
*tamions* oder *Hydrocharitions*, magere Flachland-Mähwie-  
sen

Art: Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling;

#### **Stäte**

Lebensräume: Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit  
Vegetation des *Ranunculion fluitantis* und des *Callitricho-*  
*Batrachion*

Arten: Westgroppe, Bachneunauge;

8. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Beschluss des Be-  
zirkstags Gera 110-14/89 vom 20. September 1989:

#### **Pinsenberg**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren  
Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkens-  
werten Orchideen), lückige basophile oder Kalk-Pionier-  
rasen, kalkhaltige Schutthalden der collinen bis montanen  
Stufe Mitteleuropas (prioritäre Lebensräume), naturnahe  
Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Kalk-  
felsen mit Felsspaltenvegetation, nicht touristisch erschlos-  
sene Höhlen

Arten: Kleine Hufeisennase, Großes Mausohr, Mopsfleder-  
maus;

#### **Schönberg**

Lebensräume: naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren  
Verbuschungsstadien (besondere Bestände mit bemerkens-  
werten Orchideen) - prioritärer Lebensraum -, mitteleuro-  
päischer Orchideen-Kalk-Buchenwald, Labkraut-Eichen-  
Hainbuchenwald, Waldmeister-Buchenwald

Arten: Frauenschuh, Kleine Hufeisennase, Großes Maus-  
ohr;

#### **Kobersfelsen**

Lebensräume: Schlucht- und Hangmischwälder (prioritä-  
rer Lebensraum), Silikatfelsen mit Felsspaltenvegetation,  
Silikatfelsen mit Pioniervegetation des *Sedo-Scleranthion*  
oder des *Sedo albi-Veronicion dillenii*, Hainsimsen-Buchen-  
wald

9. das Naturschutzgebiet **Restloch Zechau**, festgesetzt durch  
den Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Leipzig  
vom 2. Oktober 1990:

Lebensräume: Kalktuffquellen (prioritärer Lebensraum),  
kalkreiche Niedermoore

Arten: Frauenschuh, Kammmolch.

## § 2

Schutzgebiete nach § 26 Abs. 1 ThürNatG mit Vogelarten nach Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (ABl. EG Nr. L 103 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung, für die es nach § 26 Abs. 3a Satz 2 ThürNatG Schutzziel ist, einen günstigen Erhaltungszustand zu sichern, sind:

1. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Anordnung Nummer 1 über Naturschutzgebiete vom 30. März 1961 (GBI. II Nr. 27 S. 166), geändert durch Beschluss des Bezirkstags Gera 124-20/81 vom 25. März 1981 (betreffend "Schwarzatal"), durch Beschluss des Bezirkstags Suhl 45/7/82 vom 17. Dezember 1982 (betreffend "Wurzelbergfarmde"):
 

**Wurzelbergfarmde**  
für folgende Arten (Stand 2004): Auerhuhn, Grauspecht, Raufußkauz, Schwarzspecht, Sperlingskauz;

**Schwarzatal**  
für folgende Arten (Stand 2004): Auerhuhn, Eisvogel, Grauspecht, Heidelerche, Mittelspecht, Neuntöter, Raufußkauz, Rotmilan, Schwarzspecht, Schwarzstorch, Sperlingskauz, Uhu, Wespenbussard, Ziegenmelker;

**Breitunger Seen**  
für folgende Arten (Stand 2004): Blaukehlchen, Eisvogel, Neuntöter, Rohrweihe, Rotmilan, Schwarzmilan, Wachtelkönig, Weißstorch;
2. Naturschutzgebiete, festgesetzt durch Beschluss des Bezirkstags Gera 124-20/81 vom 25. März 1981, erweitert durch Beschluss des Bezirkstags Suhl 45/7/82 vom 17. Dezember 1982 (betreffend "Meuraer Heide"):
 

**Uhlstädter Heide**  
für folgende Arten (Stand 2004): Auerhuhn, Grauspecht, Heidelerche, Raufußkauz, Rotmilan, Schwarzspecht, Sperlingskauz, Wespenbussard, Ziegenmelker;

**Meuraer Heide**  
für folgende Arten (Stand 2004): Auerhuhn, Raufußkauz, Schwarzspecht, Sperlingskauz, Ziegenmelker;
3. das Naturschutzgebiet **Assberg-Hasenleite**, festgesetzt durch Beschluss des Bezirkstags Suhl 45/7/82 vom 17. Dezember 1982:

für folgende Arten (Stand 2004): Auerhuhn, Raufußkauz, Schwarzspecht, Sperlingskauz, Ziegenmelker;

4. das Landschaftsschutzgebiet **Plothener Teichgebiet**, festgesetzt durch Beschluss des Bezirkstags Gera 94-13/62 vom 25. Juni 1962:
 

für folgende Arten (Stand 2004): Eisvogel, Goldregenpfeifer, Grauspecht, Kampfläufer, Kranich, Neuntöter, Raufußkauz, Rohrdommel, Rohrweihe, Rotmilan, Schwarzmilan, Schwarzspecht, Schwarzstorch, Singschwan, Sperlingskauz, Steinadler, Tüpfelralle, Uhu, Wanderfalke, Weißstorch, Wespenbussard;
5. das Landschaftsschutzgebiet **Helmestausee**, festgesetzt durch Beschluss des Bezirkstags Erfurt 92-18/70 vom 26. August 1970:
 

für folgende Arten (Stand 2004): Blaukehlchen, Eisvogel, Fischadler, Flusseeeschwalbe, Goldregenpfeifer, Grauspecht, Kampfläufer, Kornweihe, Kranich, Merlin, Mittelspecht, Neuntöter, Rohrdommel, Rohrweihe, Rotmilan, Schwarzkopfmöwe, Schwarzmilan, Schwarzspecht, Schwarzstorch, Seeadler, Singschwan, Sperbergrasmücke, Trauerseeschwalbe, Tüpfelralle, Wachtelkönig, Wanderfalke, Weißstorch, Zwergsäuer, Zwergseeschwalbe;
6. das Landschaftsschutzgebiet **Thüringer Wald**, festgesetzt durch Beschluss des Bezirkstags Gera 102-18/75 vom 10. September 1975, zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Januar 2002 (StAnz. Nr. 8 S. 550), für den Bereich des Vogelschutzgebiets Schwarzatal:
 

für folgende Arten (Stand 2004): Auerhuhn, Eisvogel, Grauspecht, Heidelerche, Mittelspecht, Neuntöter, Raufußkauz, Rotmilan, Schwarzspecht, Schwarzstorch, Sperlingskauz, Uhu, Wespenbussard, Ziegenmelker.

## § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 26. Juni 2006

Der Minister für Landwirtschaft,  
Naturschutz, und Umwelt

Dr. Volker Sklenar

**Verordnung**  
**über Modellvorhaben nach § 4 Abs. 4 des Thüringer Gesetzes zur**  
**Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch**  
**(ThürAGSGB XII-ModellVO)**  
**Vom 28. Juni 2006**

Aufgrund des § 4 Abs. 4 Satz 8 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891) verordnet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit:

## § 1

Anwendungsbereich

Die Verordnung regelt das Verfahren und die Auswertung des Modellvorhabens nach § 4 Abs. 4 ThürAGSGB XII. Gegenstand

der Erprobung ist die Prüfung, inwieweit durch Übertragung der Verhandlungskompetenz und, in Anwendung des § 4 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 6 ThürAGSGB XII der Abschlusskompetenz, die Ziele des Gesetzes, insbesondere den ambulanten Bereich zu stärken sowie ein landesweit vergleichbares Qualitätsniveau sicherzustellen, erreicht werden können. Weiterhin sollen Erkenntnisse darüber erlangt werden, ob die Verhandlungskompetenz allgemein auf die kreisfreien Städte und Landkreise übertragen werden kann.

## § 2

## Antrags- und Bewilligungsverfahren

(1) Der Zulassungsantrag nach § 4 Abs. 4 Satz 3 und 4 ThürAGSGB XII ist schriftlich in einfacher Ausfertigung bei dem für Sozialhilfe zuständigen Ministerium zu stellen. Er muss die genaue Bezeichnung des Antragstellers sowie seine Anschrift, Telefon-, Faxnummer und E-Mail-Adresse enthalten. Dem Antrag ist eine Liste der teil- und vollstationären Eingliederungseinrichtungen für behinderte Menschen, der teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen und der teil- und vollstationären Einrichtungen für die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, die im Bereich des Antragstellers gelegen sind und für die er den Abschluss einer Vereinbarung nach § 75 Abs. 3 SGB XII anstrebt, beizufügen.

(2) Das für die Sozialhilfe zuständige Ministerium erteilt die Zulassung und informiert hierüber die nach § 4 Abs. 2 Satz 1 ThürAGSGB XII zuständige Landesbehörde sowie die Planungskommission.

## § 3

## Abschlusskompetenz

Vor Abschluss der Vereinbarung ist der zugelassene Landkreis oder die zugelassene kreisfreie Stadt verpflichtet, die beabsichtigten Leistungs-, Vergütungs- und Entgeltvereinbarungen in entsprechender Anwendung des § 4 Abs. 6 ThürAGSGB XII dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe vorzulegen.

## § 4

## Widerruf der Zulassung

(1) Für den Antrag einer kreisfreien Stadt oder eines Landkreises auf Widerruf der Zulassung gilt § 2 Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Dem Antrag soll eine Begründung beigelegt werden, die im Rahmen der Auswertung des Modellvorhabens Berücksichtigung finden soll.

(2) Ein Widerruf der Zulassung nach § 4 Abs. 4 Satz 7 ThürAGSGB XII soll insbesondere dann erfolgen, wenn die Gewähr nicht mehr gegeben ist, dass die Verhandlungen über einen not-

wendigen Abschluss von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen zum Ziel führen und die Gefahr besteht, dass hierdurch eine bedarfsgerechte Versorgung der betroffenen Heimbewohner gefährdet ist. Nach Bekanntgabe des Widerrufs hat die betroffene kreisfreie Stadt oder der Landkreis seine Vereinbarungspartner vom Widerruf unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

## § 5

## Dauer des Modellvorhabens

Das Modellvorhaben wird zunächst bis zum 31. Dezember 2009 befristet. Notwendige Informationen und Erfahrungsberichte, insbesondere zur Problematik der Vertragsverhandlungen zwischen den örtlichen Trägern der Sozialhilfe und den Trägern der Einrichtungen, sind dem für Sozialhilfe zuständigen Ministerium von den zugelassenen örtlichen Trägern der Sozialhilfe zur Auswertung spätestens zum 1. Januar 2008 vorzulegen.

## § 6

## Auswertung des Modellvorhabens

Die Informationen zum Modellvorhaben sind so auszuwerten, dass sie möglichst eine landesweite allgemein gültige Bewertung zulassen. Hierzu soll eine Kommission unter Beteiligung der betroffenen örtlichen Träger der Sozialhilfe von dem für Sozialhilfe zuständigen Ministerium eingerichtet werden. Die betroffenen örtlichen Träger der Sozialhilfe sind verpflichtet, bei der Auswertung mitzuwirken und alle notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen, soweit sie nicht bereits bekannt sind.

## § 7

## In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

Erfurt, den 28. Juni 2006

Der Minister für Soziales,  
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

### Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Eigenbetriebsverordnung Vom 12. Juni 2006

Aufgrund des § 129 Abs. 2 Nr. 9 und 10 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 (GVBl. S. 446), verordnet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium:

#### Artikel 1

Die Thüringer Eigenbetriebsverordnung vom 15. Juli 1993 (GVBl. S. 432) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Unternehmen der Gemeinde ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die außerhalb des Haushaltsplans der Gemeinde nach kaufmännischen Grundsätzen als Sondervermögen verwaltet werden (Eigenbetriebe nach § 76 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung -ThürKO-), sind im Rahmen der Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung, nach dieser Verordnung und nach den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung des Eigenbetriebs zu führen."

2. Die §§ 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

§ 2

Freistellung von der Abschlussprüfung

Das Landesverwaltungsamt kann auf Antrag widerruflich Eigenbetriebe für ein Wirtschaftsjahr von der Abschlussprüfung nach § 85 ThürKO freistellen. Wiederholte Freistellungen sind möglich. Eine Freistellung ist insbesondere ausgeschlossen, wenn der Eigenbetrieb ein Versorgungs- und Einzugsgebiet von über 10 000 Einwohnern hat oder die Gewinn- und Verlustrechnung für den Prüfungszeitraum einen Jahresverlust ausweist.

§ 3

Erweiterung des Geltungsbereichs

(1) Die Gemeinde kann durch Satzung bestimmen, Einrichtungen innerhalb der allgemeinen Verwaltung (Regiebetriebe) ganz oder teilweise nach den Bestimmungen über die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe zu führen, wenn die Abweichung von den allgemeinen kommunalwirtschaftlichen Vorschriften nach Art und Umfang der Einrichtung zweckmäßig ist. In der Satzung können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für Eigenbetriebe geltenden Bestimmungen abweichen.

(2) Die Wirtschaftsführung der Regiebetriebe nach Absatz 1 einschließlich der Jahresabschlüsse unterliegt der Rechnungsprüfung entsprechend den Bestimmungen über die örtliche und überörtliche Prüfung der Eigenbetriebe nach den §§ 81 bis 84 ThürKO."

3. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Das Gliederungszeichen "(1)" wird gestrichen.

- bb) Folgender Satz wird angefügt:

"Sonstige Eigenbetriebe einer Gemeinde können zu einem einheitlichen Eigenbetrieb zusammengefasst werden."

- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

4. Dem § 5 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Der Gemeinderat beschließt über die Gründung des Eigenbetriebs. Die im Zeitpunkt der Gründung nach § 21 Abs. 1 zu berücksichtigenden Vermögensbestandteile und Schulden sind im Einzelnen in dem Beschluss zu bezeichnen."

5. In § 6 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte "die Gemeindevertretung" durch die Worte "der Gemeinderat" ersetzt.

6. Dem § 13 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen:

1. eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben und

2. eine Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden."

7. § 14 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 2 werden die Worte "die Gemeindevertretung" durch die Worte "der Gemeinderat" ersetzt.

- b) Satz 3 erhält folgende Fassung:

"An die Stelle des Werkausschusses oder des Gemeinderats tritt bei Dringlichkeit der Bürgermeister."

- c) Folgender Satz wird angefügt:

"Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern des Werkausschusses oder den Gemeinderatsmitgliedern unverzüglich mitzuteilen (§ 30 ThürKO)."

8. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach dem Wort "Vermögensplan" die Worte "soll auf dem Formblatt nach Anlage 1 aufgestellt werden; er" eingefügt.

- b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte "die Gemeindevertretung" durch die Worte "der Gemeinderat" und der Klammerzusatz " (§ 58 VKO)" durch den Klammerzusatz " (§ 76 ThürKO)" ersetzt.

- bb) Satz 3 erhält folgende Fassung:

"§ 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 gilt entsprechend."

9. § 16 erhält folgende Fassung:

§ 16  
Stellenplan

Dem Wirtschaftsplan ist ein Auszug aus dem Stellenplan der Gemeinde nach § 6 ThürGemHV beizufügen."

10. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Bilanz ist, wenn der Gegenstand des Betriebs keine abweichende Gliederung bedingt, die gleichwertig sein muss, unbeschadet einer weitergehenden Gliederung auf einem Formblatt nach Anlage 2 zu erstellen."

- b) Absatz 3 wird aufgehoben.

11. § 22 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort "Erfolgsübersicht" gestrichen.

- b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Gewinn- und Verlustrechnung ist, wenn der Gegenstand des Betriebs keine abweichende Gliederung bedingt, die gleichwertig sein muss, unbeschadet einer weitergehenden Gliederung auf einem Formblatt nach Anlage 3 aufzustellen."

- c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Eigenbetriebe mit mehr als einem Betriebszweig haben für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres außerdem eine Gewinn- und Verlustrechnung für jeden Betriebszweig aufzustellen, die in den Anhang aufzunehmen ist. Dabei sind gemeinsame Aufwendungen und Erträge sachgerecht auf die Betriebszweige aufzuteilen, soweit Lieferungen und Leistungen nicht gesondert verrechnet werden."

12. § 23 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) In einem Anlagennachweis als Bestandteil des Anhangs ist die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen auf Formblättern nach den Anlagen 4 und 5 aufzustellen."

13. In § 24 Satz 3 Nr. 6 wird der Punkt durch das Wort "und" ersetzt und folgende Nummer 7 angefügt:

"7. die Risiken der künftigen Entwicklung."

14. § 25 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Werkleitung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und über den Bürgermeister dem Werkausschuss vorzulegen."

- b) Absatz 2 Satz 3 wird aufgehoben.

- c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Der Jahresabschluss einschließlich Anhang mit Anlagennachweis sowie der Lagebericht sind mit der Stellungnahme des Werkausschusses dem Gemeinderat

vorzulegen. Die Abschlussprüfung und eine nach § 82 Abs. 1 Satz 1 ThürKO erforderliche örtliche Rechnungsprüfung haben der Vorlage an den Gemeinderat voranzugehen. Nach Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss in öffentlicher Sitzung alsbald fest und beschließt über die Entlastung der Werkleitung. Gleichzeitig beschließt er über die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlusts."

15. Die Überschrift des Dritten Abschnitts erhält folgende Fassung:

### **"Übergangs- und Schlussbestimmungen"**

16. § 26 erhält folgende Fassung:

#### **"§ 26 Übergangsbestimmung"**

Freistellungen und Befreiungen nach § 2 in der vor dem Inkraft-Treten der Ersten Verordnung zur Änderung der Thüringer Eigenbetriebsverordnung geltenden Fassung gelten bis zum 31. Dezember 2007 fort."

17. Folgende §§ 27 und 28 werden angefügt:

#### **"§ 27 Gleichstellungsbestimmung"**

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

#### **§ 28 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten"**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft."

18. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

19. Folgende Anlagen 1 bis 5 werden angefügt:

**"Anlage 1**  
(zu § 15)

**Formblatt 1**

**Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 20 ...**

<b>Einnahmen</b>			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag in Euro	Erläuterungen
1	Zuführung zum Stammkapital <sup>1)</sup>		
2	Zuführungen zu Rücklagen <sup>1)</sup>		
3	Jahresgewinn		
4	Abschreibungen		
5	Anlagenabgänge		
6	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen		
7	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil		
8	Empfangene Ertragszuschüsse		
9	Rückflüsse aus gewährten Darlehen		
10	Kredite		
	- von der Trägerkörperschaft		
	- von Dritten		
11	Investitionszuschüsse		
12	Abbau des Finanzmittelbestandes <sup>2)</sup>		
13	Einnahmen insgesamt		

<sup>1)</sup> Kapitaleinlagen, Eigenkapitalzuführung von außen.

<sup>2)</sup> Der Finanzmittelbestand ist der Bestand an unmittelbar verfügbaren finanziellen Mitteln (Nettogeldvermögen).

<b>Ausgaben</b>		<b>Planansatz</b>		<b>Investitionen (nachrichtlich)</b>		Erläuterungen
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Finanzierungsbedarf des Wirtschaftsjahres in Euro	Verpflichtungsermächtigungen des Wirtschaftsjahres in Euro	Gesamtausgabebedarf in Euro	Bisher bereitgestellt in Euro <sup>1)</sup>	
1	2	3	4	5	6	7
1	Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte <sup>2)</sup>					
2	Rückzahlung von Stammkapital					
3	Entnahme aus Rücklagen <sup>3)</sup>					
4	Jahresverlust					
5	Inanspruchnahme langfristiger Rückstellungen					
6	Auflösung Sonderposten					
7	Auflösung passivierter Ertragszuschüsse					
8	Darlehensgewährung					
9	Tilgung von Krediten					
	- an die Trägerkörperschaft					
	- an Dritte					
10	Finanzanlagen					
11	Zunahme des Finanzmittelbestandes <sup>4)</sup>					
12	Ausgaben insgesamt					

<sup>1)</sup> Ausgabeansätze der Vorjahre und des laufenden Jahres.

<sup>2)</sup> Die einzelnen Vorhaben sind getrennt nach Betriebszweigen und entsprechend der Gliederung des Anlagennachweises zu veranschlagen (§ 15 Abs. 3 ThürEBV).

<sup>3)</sup> Kapitalentnahme (beinhaltet nicht eine Entnahme zum Verlustausgleich).

<sup>4)</sup> Der Finanzmittelbestand ist der Bestand an unmittelbar verfügbaren finanziellen Mitteln (Nettogeldvermögen).

**Anlage 2**  
(zu § 21 Abs. 1)**Formblatt 2****Bilanz****Aktivseite****A. Anlagevermögen****I. Immaterielle Vermögensgegenstände**

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten
2. Geleistete Anzahlungen

**II. Sachanlagen**

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit
  - a) Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
  - b) Bahnkörper und Bauten des Schienenweges
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
4. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu den Nummern 1 und 2 gehören
5. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen <sup>1)</sup>
6. Verteilungsanlagen <sup>1)</sup>
7. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen
8. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr
9. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören
10. Betriebs- und Geschäftsausstattung
11. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

**III. Finanzanlagen**

1. Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen <sup>2)</sup>
3. Beteiligungen
4. Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
5. Wertpapiere des Anlagevermögens
6. sonstige Ausleihungen

**B. Umlaufvermögen****I. Vorräte**

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen
3. fertige Erzeugnisse und Waren
4. geleistete Anzahlungen

**II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen <sup>3)</sup>  
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen <sup>2)</sup>  
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht  
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
4. Forderungen an die Gemeinde/andere Eigenbetriebe <sup>4)</sup>  
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
5. sonstige Vermögensgegenstände

**III. Wertpapiere**

1. Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>
2. sonstige Wertpapiere

**IV. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiro Guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten****C. Rechnungsabgrenzungsposten**

**Passivseite****A. Eigenkapital****I. Stammkapital****II. Rücklagen**

1. Allgemeine Rücklage
2. Zweckgebundene Rücklagen

**III. Gewinn/Verlust**

Gewinn/Verlust des Vorjahres .....

Verwendung für ..... /Ausgleich durch .....

Jahresgewinn/Jahresverlust . .....

.....

**B. Sonderposten mit Rücklageanteil <sup>5)</sup>****C. Empfangene Ertragszuschüsse****D. Rückstellungen**

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. Steuerrückstellungen
3. sonstige Rückstellungen

**E. Verbindlichkeiten**

1. Anleihen  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
3. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
8. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben  
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
9. sonstige Verbindlichkeiten  
davon:
  - a) mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr
  - b) aus Steuern
  - c) im Rahmen der sozialen Sicherheit

**F. Rechnungsabgrenzungsposten**

<sup>1)</sup> Zum Beispiel Anlagen der Energie- und Wasserversorgung.

<sup>2)</sup> Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung.

<sup>3)</sup> Unter Abgrenzung der Verbrauchsablesung auf den Bilanzstichtag.

<sup>4)</sup> Ohne Forderungen aus Wasser- und Energielieferungen; diese sind unter Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auszuweisen.

<sup>5)</sup> Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.



**Anlage 3**  
(zu § 22 Abs. 1)

**Formblatt 3****Gewinn- und Verlustrechnung**

1. Umsatzerlöse <sup>1)</sup>	.....	
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	.....	
3. andere aktivierte Eigenleistungen	.....	
4. sonstige betriebliche Erträge davon Auflösungen von Sonderposten mit Rücklagenanteil .....	<u>.....</u>	.....
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren <sup>2)</sup>	.....	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>.....</u>	.....
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter <sup>3)</sup>	.....	
b) soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung <sup>3)</sup> davon für Alters- versorgung .....	<u>.....</u>	.....
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	.....	
davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB .....		
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	<u>.....</u>	.....
davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB .....		
8. sonstige betriebliche Aufwendungen <sup>4)</sup> davon Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklagenteil.....	<u>.....</u>	.....
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen <sup>5)</sup> .....	.....	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz- anlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen <sup>5)</sup> .....	.....	
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen <sup>5)</sup> .....	<u>.....</u>	.....
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	.....	

13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen <sup>5)</sup> .....	.....	.....
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	.	.....
15. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinn- abführungsverträgen	.....	
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme	.....	.....
17. außerordentliche Erträge	.....	
18. außerordentliche Aufwendungen	.....	
19. außerordentliches Ergebnis		.....
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	.....	
21. sonstige Steuern	.....	.....
22. Jahresgewinn/Jahresverlust		.....

nachrichtlich:

Verwendung des Jahresgewinns	oder	Behandlung des Jahresverlustes
a) zur Tilgung des Verlustvortrages .....		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag .....
b) zur Einstellung in Rücklagen .....		b) aus dem Haushalt der Gemeinde auszugleichen .....
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde .....		c) auf neue Rechnung vorzutragen .....
d) auf neue Rechnung vorzutragen .....		

<sup>1)</sup> Einschließlich Auflösung der passivierten Ertragszuschüsse.

<sup>2)</sup> Materiallieferungen und Fremdleistungen für Anlagenzugänge sind unmittelbar zu aktivieren, soweit nicht abrechnungstechnische Gründe entgegenstehen.

<sup>3)</sup> Einschließlich aktivierter Beträge.

<sup>4)</sup> Einschließlich Konzessions- und Wegeentgelte.

<sup>5)</sup> Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung.

## Formblatt 4

Anlage 4  
(zu § 23 Abs. 2)

## Kopfspalten des Anlagenachweises

Posten des Anlagevermögens <sup>1)</sup>	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Kennzahlen				
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchungen <sup>2)</sup>	Endstand	Anfangsbestand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr <sup>3)</sup>	Abschreibungen angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge	Endstand	Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres <sup>4)</sup>	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Durchschnittlicher Abschreibungssatz <sup>5)</sup>	Durchschnittlicher Restbuchwert <sup>6)</sup>
		+	/.	+ / /.				/.					
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	v.H. <sup>7)</sup>	v.H. <sup>7)</sup>
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

<sup>1)</sup> Gemäß Formblatt 5.

<sup>2)</sup> Umbuchungen von einer Anlagegruppe in die andere.

<sup>3)</sup> Zuschreibungen sind in Spalte 8 gesondert aufzuführen.

<sup>4)</sup> Spalte 6 ./. Spalte 10.

<sup>5)</sup> (Spalte 8 x 100) : Spalte 6.

<sup>6)</sup> (Spalte 11 x 100) : Spalte 6.

<sup>7)</sup> Der Wert ist mit einer Dezimale anzugeben, z. B. 56,2 v.H.

**Formblatt 5****Gliederung des Anlagenachweises der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe <sup>1)</sup>****I. Stromversorgung**

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ä. Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten
4. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
5. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu den Nummern 2 und 3 gehören
6. Erzeugungs- und Bezugsanlagen
  - Betriebseinrichtungen der Erzeugung
  - Betriebseinrichtungen des Bezugs
7. Verteilungsanlagen
  - Umspannungs- und Umformungsanlagen
  - Leitungsnetz und Hausanschlüsse
  - Messeinrichtungen (Licht- und Kraftstromzähler, Messwandler, Schaltuhren, Höchstlastanzeiger usw. einschließlich Lagerbestand)
  - (Straßenbeleuchtung)
8. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 6 und 7 gehören
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung

**II. Gasversorgung**

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ä. Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten
4. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
5. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu den Nummern 2 und 3 gehören
6. Erzeugungs- und Bezugsanlagen
  - Betriebseinrichtungen der Erzeugung
  - Betriebseinrichtungen des Bezugs
7. Verteilungsanlagen
  - Speicherung, Verdichtung, Druckregelung
  - Leitungsnetz und Hausanschlüsse
  - Messeinrichtungen (einschließlich Lagerbestand)
  - (Straßenbeleuchtung)
8. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 6 und 7 gehören
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung

**III. Wasserversorgung**

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ä. Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten
4. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
5. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu den Nummern 2 und 3 gehören
6. Wassergewinnungs- und Bezugsanlagen
  - Betriebseinrichtungen der Gewinnung
  - Betriebseinrichtungen des Bezugs
7. Verteilungsanlagen
  - Speicheranlagen
  - Leitungsnetz und Hausanschlüsse
  - Messeinrichtungen (einschließlich Lagerbestand)
8. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 6 und 7 gehören
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung

**IV. Verkehrsbetriebe**

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ä. Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit
  - a) Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
  - b) Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten
4. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
5. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu den Nummern 2 und 3 gehören
6. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen
7. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr
8. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 6 und 7 gehören
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung

**V. Gemeinsame Anlagen**

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
4. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu den Nummern 1 und 2 gehören
5. Maschinen und maschinelle Anlagen
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung

**VI. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen**

1. Stromversorgung
2. Gasversorgung
3. Wasserversorgung
4. Verkehrsbetriebe
5. Gemeinsame Anlagen

**VII. Finanzanlagen**

1. Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen <sup>2)</sup>
3. Beteiligungen
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
5. Wertpapiere des Anlagevermögens
6. sonstige Ausleihungen

<sup>1)</sup> Diese Gliederung gilt für andere Betriebe sinngemäß. Sie ist erforderlichenfalls zu ergänzen. Bei den Posten des Anlagevermögens sind unbeschadet einer weiteren Aufgliederung die Positionen A I bis III der Bilanz zugrunde zu legen.

<sup>2)</sup> Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 12. Juni 2006

Der Innenminister

Karl Heinz Gasser

**Verordnung  
zur Durchführung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes  
(ThürErzGGDVO)  
Vom 4. Juli 2006**

Aufgrund des § 9 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes in der Fassung vom 3. Februar 2006 (GVBl. S. 46) verordnet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit:

**§ 1  
Verfahren**

(1) Die Beantragung des Thüringer Erziehungsgeldes erfolgt mit Formblättern, die durch das Landesverwaltungsamt einheitlich

vorgegeben werden. Die Wohnsitzgemeinden nach § 5 Abs. 1 Satz 2 und 3 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes haben dafür Sorge zu tragen, dass die voraussichtlich Anspruchsberechtigten rechtzeitig vor der Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes ein Antragsformular zur Verfügung haben.

(2) Anträge auf Erziehungsgeld von Ausländern oder in Härtefällen nach § 1 Abs. 5 des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BERzGG) können im Wege des Ersuchens um Amtshilfe den

nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes zuständigen Behörden zur Bearbeitung zugeleitet und von diesen der Wohnsitzgemeinde zur Bescheiderteilung vorgelegt werden. Wird dem Ersuchen um Amtshilfe nach Satz 1 nicht entsprochen, sind die Anträge in den in Satz 1 genannten Fällen dem Landesverwaltungsamt zur Bearbeitung zuzuleiten und werden von diesem der Wohnsitzgemeinde zur Bescheiderteilung vorgelegt. Das Landesverwaltungsamt kann Verwaltungsvorschriften zur Regelung von Härtefällen nach § 1 Abs. 5 BErzGG und von besonderen Fällen erlassen.

(3) Nehmen Eltern das Wunsch- und Wahlrecht nach § 4 des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes (ThürKitaG) in Anspruch, so hat die Wohnsitzgemeinde so zu verfahren, dass die Berücksichtigung des Betrages von bis zu 150 Euro monatlich bei der Zahlung an die für die aufnehmende Einrichtung zuständige Gemeinde nach § 18 Abs. 6 und § 25 Abs. 9 ThürKitaG gewährleistet ist.

(4) Für Anspruchsberechtigte, die Übergangsleistungen nach § 8 Abs. 2 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes erhalten, ist grundsätzlich das Verfahren nach § 4 Abs. 1 Satz 3 anzuwenden.

(5) Das Thüringer Landesverwaltungsamt übt die Fachaufsicht aus.

## § 2

### Abtretungserklärung

(1) Die schriftlich vorzulegende Abtretungserklärung nach § 2 Abs. 3 Satz 1 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes bezieht sich jeweils auf die Dauer der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung bis zur Abmeldung durch den Erziehungsgeldberechtigten oder bis zum Tag der Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes. Sie ist von der Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegeperson der Wohnsitzgemeinde vorzulegen. Dies gilt auch bei einer Anmeldung des Kindes in einer anderen Einrichtung als der der Wohnsitzgemeinde in Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern nach § 4 ThürKitaG.

(2) Die Wohnsitzgemeinde hat dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Vorlage der Abtretungserklärung die Inanspruchnahme von Kindertagespflege unverzüglich mitzuteilen. Die Kindertageseinrichtung oder die Kindertagespflegeperson informiert die Gemeinde spätestens am letzten Tag der Inanspruchnahme der Kinderbetreuung über die Abmeldung des Kindes.

## § 3

### Zahlung des Landes an die Wohnsitzgemeinden

Das Land zahlt den Wohnsitzgemeinden vierteljährlich im Voraus eine Pauschale zur Auszahlung der in § 3 Abs. 1 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes genannten Beträge. Die Zahlung der Pauschale erfolgt jeweils am 1. Januar, am 1. April, am 1. Juli und am 1. Oktober des Jahres. Die Höhe der Pauschale richtet sich nach den aufgrund der amtlichen Statistik des vorletzten Jahres örtlich aufgeschlüsselten Geburtenzahlen. Die Wohnsitzgemeinde weist dem Land quartalsweise die Verwendung der Pauschale nach. Ein Ausgleich für zu viel oder zu wenig gezahltes Geld erfolgt mit der übernächsten Pauschalzuweisung. Die Wohnsitzgemeinde erhält zu den in Satz 2 genannten Terminen auf der Basis der Bemessung der Pauschale nach Satz 1 viertel-

jährlich im Voraus einen Verwaltungskostenersatz in Höhe von 43,80 Euro pro Antrag auf Erziehungsgeld. Die Sätze 4 und 5 gelten entsprechend für den Verwaltungskostenersatz.

## § 4

### Auszahlung des Erziehungsgeldes

(1) Die Wohnsitzgemeinde zahlt das Erziehungsgeld an die Erziehungsgeldberechtigten. Die Auszahlung erfolgt in der Mitte eines Kalendermonats für den jeweils laufenden Lebensmonat des Kindes. In jedem Lebensmonat des Kindes erfolgt nur einmal eine Zahlung von Bundeserziehungsgeld oder Erziehungsgeld nach dem Thüringer Erziehungsgeldgesetz. Im Jahr 2006 erfolgt die erste Auszahlung des Thüringer Erziehungsgeldes an die Anspruchsberechtigten am 15. Juli 2006. Die Finanzierung eines Platzes in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege bleibt hiervon unberührt.

(2) Legt der Träger einer Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflegeperson eine Abtretungserklärung nach § 2 Abs. 3 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes vor, so zahlt die Wohnsitzgemeinde entsprechend der Abtretungserklärung das Erziehungsgeld in Höhe von bis zu 150 Euro monatlich an den Träger der Kindertageseinrichtung oder die Kindertagespflegeperson nach Maßgabe der von ihr dazu getroffenen Auszahlungsregelungen. Dabei kann die Wohnsitzgemeinde einen Betrag von bis zu 150 Euro pro Monat je in Anspruch genommenem Platz an den Träger unabhängig davon auszahlen, ob der Platz über den gesamten Monat oder nur in Teilen in Anspruch genommen wurde. Für Teile von Monaten, für die ein Anspruchsberechtigter Erziehungsgeld bezogen hat oder über eine Rückerstattung nach § 2 Abs. 3 Satz 4 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes verfügt und einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege in Anspruch nimmt, hat der Träger das Recht, dem Anspruchsberechtigten pro Kalendertag ein Dreißigstel des Monatsbetrags bis zur Höhe von 150 Euro in Rechnung zu stellen (Monats-Teilzahlung). Die Zahlung von monatlich 150 Euro Landeszuschuss aus der Pauschale nach § 3 Satz 1 an den Träger für einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder an die Kindertagespflegeperson für solche Kinder im dritten Lebensjahr, für die ein Anspruch auf Kindertagesbetreuung, nicht aber auf Erziehungsgeld besteht, ist durch die Wohnsitzgemeinde zu gewährleisten und nach § 3 Satz 4 nachzuweisen.

(3) Ein durch Umzug des Anspruchsberechtigten oder andere Umstände erfolgender Wechsel der Zuständigkeit der auszahlenden Wohnsitzgemeinde findet erst mit dem Ende eines Kalendermonats statt.

## § 5

### Rückerstattung durch den Träger der Kindertageseinrichtung

Für die Feststellung des zeitlichen Ausmaßes der Inanspruchnahme eines Platzes zum Zweck der Errechnung von Monats-Teilzahlungen oder Rückerstattungen ist allein die Anmeldung des Kindes zur Kindertagesbetreuung durch die Erziehungsgeldberechtigten maßgeblich.

## § 6

### Aufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe prüft bei Vorliegen von gewichtigen Anhaltspunkten für die Gefährdung ei-

nes Kindes auf der Grundlage des § 8a Abs. 1 Satz 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch auch, ob der Anspruch auf Erziehungsgeld nach § 3a des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes entfallen kann. Er hat seine Entscheidung nach § 3a Satz 4 des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes der Wohnsitzgemeinde mitzuteilen, die an diese Entscheidung hinsichtlich der weiteren Auszahlung von Thüringer Erziehungsgeld an den Anspruchsberechtigten gebunden ist. Sofern der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe Kenntnis darüber besitzt, teilt dieser auch mit, ob und zu welchem Zeitpunkt das Kind eine Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege in Anspruch nehmen wird. Die Wohnsitzgemeinde reicht den Landeszuschuss an den Träger der Kindertageseinrichtung oder die Kindertagespflegeperson aus.

#### § 7

##### Nachweispflicht, Statistik

Für Zwecke der Planung und zur Nachweisführung sind dem Landesverwaltungsamt nach § 3 Satz 4 quartalsweise von den Gemeinden zahlenmäßig

1. der Anteil der Anträge auf Erziehungsgeld gemessen an allen Antragsberechtigten,
2. der Anteil der abgelehnten und der bewilligten Anträge an allen Anträgen,

3. die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertageseinrichtungen sowie von Kindertagespflege in und außerhalb der Wohnsitzgemeinde,
  4. die Bearbeitung von Anträgen nach § 1 Abs. 2 und 3,
  5. die Widerspruchsverfahren sowie
  6. die Anzahl der Kinder, für die ein Landeszuschuss nach § 4 Abs. 2 Satz 4 gezahlt wird,
- durch gesonderte Statistik mitzuteilen.

#### § 8

##### Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

#### § 9

##### In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2006 in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 2011 außer Kraft.

Erfurt, den 4. Juli 2006

Der Minister für Soziales,  
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

### **Bekanntmachung über das In-Kraft-Treten des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie Vom 24. Juli 2006**

Aufgrund § 4 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivoll-

zugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 391) wird hiermit bekannt gemacht, dass das Abkommen gemäß seinem Abschnitt 3 Satz 2 am 1. März 2006 in Kraft getreten ist.

Erfurt, den 24. Juli 2006  
Die Präsidentin des Landtags  
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

---

Herausgeber und Verleger: Thüringer Landtag.

Druck: Gebr. Frank KG, 07545 Gera. Erscheinungsweise nach Bedarf.

Verantwortlich für den Inhalt:

1. Der Thüringer Landtag für die Gesetze.
2. Die Thüringer Staatskanzlei für die Rechtsverordnungen der Landesregierung, der Minister und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 43,46 Euro. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Landtagsverwaltung vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch die Landtagsverwaltung. Preis je Doppelseite: 0,15 Euro zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Verwaltung des Thüringer Landtags, 99096 Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Tel.: (0361) 3772073, Fax: (0361) 3772016